

DER GRIFF NACH DER BOMBE  
DAS DEUTSCH-ARGENTINISCHE ATOMGESCHÄFT



EIN AUF NEUEN MATERIALIEN UND EIGENEN RECHERCHEN BASIERENDER BERICHT ÜBER DEN DEUTSCH-ARGENTINISCHEN ATOMPAKT

**INHALT:** Geschichte der atomaren Zusammenarbeit BRD/Argentinien - Die Gefahr militärischen Missbrauchs - Gemeinsame Unterlaufung des Atomwaffen-Sperrvertrags - Braucht Argentinien Atomenergie? - Deutsche Rüstungsexporte nach Argentinien - Die wirtschaftlich/politische Lage und die der Menschenrechte nach der Einsetzung des neuen Diktators Viola  
Auffuf: VERHINDERN WIR DIE DEUTSCHEN ATOMEXPORTE NACH LATEINAMERIKA UND ANDERSWO I

DM 6.50

**FOCL**

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM  
CHILE - LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.  
SAVIGNYPLATZ 5 · 1000 Berlin 12 · Tel.: (030) 313 50 65

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 97

9. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Oktober 1981

Solidaritätspreis DM 3,-



**BERLIN,**

**22.9.1981**

Aus dem Inhalt  
dieser Nummer:

**BERLIN: und ANDERSWO:** Häuserkampf — **NICARAGUA:** »Die gestohlene Revolution« — **BRASILien:** Lula-Urteil — **MEXICO:** Künftiger Präsident — Wann brennt der Elysee-Palast?

## INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT .....	3
<b>I. BERICHTE</b> .....	3
— WESTBERLIN: Gewaltsame Räumungen instandbesetzter Häuser .....	4
— BUNDESREPUBLIK: Wann brennt der Elysee-Palast? Gegendarstellung .....	6
— EL SALVADOR: Diplomatische Konterrevolution .....	17
— BRASILIEN: .....	21
Rechte der indianischen Völker und der Kirche .....	23
Priester ausgewiesen .....	24
Revision des Urteils gegen Lula .....	25
— BOLIVIEN: Präsidentschaftskarussell .....	26
— CHILE: Papst-Enzyklika und Arbeitsrechte .....	31
Guerillafokus? .....	32
Kampf um Häuser — hier und anderswo .....	33
— HONDURAS: Interview mit einem Mitglied des FMLH .....	37
— MEXICO: Präsident für 1982 — 1988 gewählt .....	42
— PERU: ULLOA — Der Zorn Gottes (und der Multis) .....	45
Terrorismus und Antiterrorismus .....	48
Angriff gegen das Streikrecht .....	51
Generalstreik vom 22. September .....	52
<b>II. SOLIDARITÄT</b> .....	54
— Aufruf von CAMUR (Chile) .....	54
— Der letzte Tango in Huahuatenoango .....	56
— Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten .....	58
— NUCLEX-Demo .....	59
— Zeitschriftenschau .....	60

### Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 9 der  
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich  
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 15.10.1981

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung  
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«  
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108  
Bankleitzahl 100 100 10

### Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5  
1000 Berlin 12  
Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über:  
con Medien- und Vertriebsgesellschaft,  
Postfach 106545,  
Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

## Zu diesem Heft

11, 12, 14, 16, 17  
23, 24, 25, 26, 27

Unsere besonders aufmerksamen und regelmäßigen Leser haben sicherlich bemerkt, daß diese Nummer mit einwöchiger Verspätung erscheint. Der Grund dafür liegt nicht etwa darin, daß die Nachrichten aus Lateinamerika ausbleiben, sondern daß auch die Mitglieder der Redaktion zunehmend in den West-Berliner Häuserkampf mit einbezogen werden.

Der Doktrin der "nationalen Sicherheit", die den Demokratien und Diktokratien Lateinamerikas dazu dient, die berechtigten Forderungen der Bevölkerung nach sozialen und politischen Menschenrechten zu unterdrücken, wird auch bei uns zunehmend in die Praxis umgesetzt.

Nicht nur in Chile und Venezuela besetzen Wohnungssuchende Neubauten, aus denen sie von der Polizei mit Gewalt geräumt werden; und nicht nur dort kommt es anschließend zu Straßenkämpfen. Auch bei uns in West-Berlin sind die Verletzten und der Tote das eine - sichtbare - Ergebnis staatlicher Gewalt; die andere Variante herrschaftlicher Machtausübung zeigt sich in den massenhaften Festnahmen und den hohen Gefängnisstrafen für "Steinwerfer", deren 'Schuld' nur äußerst dürftig durch Polizisten bezeugt wurde. Das Gewaltmonopol des Staates führt hier wie dort dazu, daß formales Recht und formale politische Legitimation zur Vernichtung menschlicher Existenzen mißbraucht werden. Dadurch ließen gerade die Vorfälle um den 22. September die These aufkommen, der Senat habe den Hausbesetzern den Krieg erklärt und angesichts dieser Kriegserklärung könne das Recht auf Wohnen nur mit militanter Gewalt verteidigt werden. Aber wer definiert, ob eine Aktionsform als passiver oder aktiver Widerstand gewertet wird? Wieviele Pazifisten, die plötzlich von der Polizei mit Tränengas beschossen und mit Knüppeln verprügelt wurden, warfen die Tränengaspatronen zurück, obwohl sie wußten, daß es sich dabei um ein Kampfgas handelt, daß von der Genfer Konvention für zwischenstaatliche Konflikte geächtet wurde? Wieviele Steine wurden gegen den Bus geworfen, der Klaus Rattay mit sich schleifte, um ihn zum Stehen zu bringen? Mit anderen Worten: um den Tod eines Menschen zu verhindern, um die eigene körperliche Integrität zu verteidigen, werden friedfertige Menschen gezwungen, den passiven Widerstand aufzugeben.

In einem ähnlichen Sinn definierte der Vertreter der ANC (African National Congress), Tony Sedat,:

"Friede in unseren Ländern bedeutet nicht allein 'nicht Krieg'. Friede heißt für uns nationale Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Identität. Friede heißt für uns das Ende der alltäglichen Gewalt, der ungerechten Strukturen, des Hungers, des Elends, des Terrors der Herrschenden. (...) Unsere Völker setzen tagtäglich ihr Leben ein im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit, und sie zahlen mit ihrem Blut einen hohen Preis!"

Die Lebensbedingungen der Völker der "Dritten Welt" sind sicher nicht mit den unsrigen zu vergleichen. Vielleicht haben wir ihre Situation ahnen können, als wir Polizisten mit gezogener Pistole auf uns zurennen sahen, als die Mannschaftswagen in die Menschenansammlungen hineinpreschten und ein Schwerverletzter zurückblieb, als faschistoide Leserbriefe in den Tageszeitungen die Todesstrafe für uns forderten und die Geschäftsleute des Kurfürstendamms es bedauerten, daß nicht hunderte wie Klaus Rattay gestorben seien und weitere fünfhundert von der Polizei erschossen wurden...

Als Friedensbewegung, der sicher wichtigsten Bewegung in unserem Land, werden wir lernen müssen, daß der "Friede" nicht nur der zwischenstaatliche Friede ist, daß der Friede nicht nur durch Abrüstung "auf beiden Seiten" erreicht werden kann, sondern durch eine Veränderung der Macht- und Klassenverhältnisse in jedem Lande.



# WESTBERLIN

## Gewaltsame Räumungen

Am 22.9.1981 wurden in Westberlin acht instandbesetzte Häuser polizeilich geräumt. Darunter befand sich auch das Haus Hermsdorferstr.4, für welches das FDCL die Patenschaft übernommen hatte. Das Ergebnis dieser vernunftlosen Konfrontationspolitik des Berliner CDU-Minderheitssenats: Ein Toter, zahlreiche Verletzte, Kriminalisierungen -u.a. alle beteiligten FDCL-Mitglieder.

*Keine Atempause — Geschichte wird gemacht*

Daß auch die Berliner Regierung seit Jahren eine Wohnungspolitik im Interesse von Spekulanten und gegen die Interessen der Mieter betreibt - 80 000 Menschen suchen eine Wohnung, weit über 1 000 Häuser stehen leer -, ist inzwischen einer großen Öffentlichkeit bekannt. Neu ist aber die Qualität der Auseinandersetzung, seit man im Dezember 1980 begonnen hat, offensiv und gewaltsam gegen diejenigen vorzugehen, die auf die Mißstände in unserer Stadt aufmerksam machen und in selbstbestimmten Eigeninitiativen Abhilfe schaffen. Seit dieser Zeit reißt die Kette von Räumungen instandbesetzter Häuser und brutalem Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten nicht mehr ab. Um dieser unerträglichen Situation entgegenzuwirken, die nach dem Machtantritt der CDU offenbar um jeden Preis angeheizt werden sollte, übernahmen prominente Persönlichkeiten und politische und gewerkschaftliche Organisationen Patenschaften für besetzte Häuser. Da wir im Zusammenhang der Anti-Haig-Demonstration (s. Aufruf in LN 96) mit der Provokation von Gewalt in Berlin unmittelbar konfrontiert waren, beschloß die Mitgliederversammlung des FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika) am 11.9.81 die Patenschaft für ein von der Räumung bedrohtes Haus zu übernehmen. Auf diese Weise wollten wir eine breitere Öffentlichkeit herstellen und den gewaltfreien Widerstand der Instandbesetzer unterstützen.

*Lummer Bonaparte*

Trotz eindringlicher Warnungen und Appelle demokratischer Kräfte verkündete der CDU-Senat ultimativ die Räumung von 8 Häusern nach dem 20. September. Hunderte von Besetzern und Unterstützern quartierten sich daraufhin in den Häusern ein; Mitglieder und Freunde des FDCL befanden sich zum Zeitpunkt der Räumungen am 22. September in der Hermsdorferstraße 4.

Gegen 10 Uhr morgens begann ein großes Polizeiaufgebot mit bürgerkriegsähnlichem Aufwand die Umgebung des Hauses abzusperren. Als es der Polizei nach fast einer Stunde nicht gelungen war, in das Haus einzubrechen, zwang sie einen der drei noch verbliebenen Mieter, ihr durch seine Wohnung Zugang zu verschaffen. Wir, die Paten vom FDCL, hatten uns im Treppenhaus niedergelassen, um eine eventuelle Gewaltbereitschaft der Polizei zu dämpfen. Nach Aufforderung der Beamten gaben wir unsere Personalausweise ab und ließen uns auf den Hof abführen.

Obwohl von allen 108 im Hause anwesenden Personen, die alle nur passiven Widerstand leisteten, sofort die Personalien überprüft und Fotos angefertigt wurden, nahm man uns vorübergehend fest und transportierte uns in verschiedene Polizeireviere. Neben anderen entwürdigenden Behandlungen mußten wir uns im Zellentrakt vollständig entkleiden und einer Leibesvisitation unterziehen, sämtliche persönliche Habe wurde uns abgenommen, selbst Brillen und andere dringend benötigte Gegenstände. Nach stundenlanger Haft in fensterlosen Zellen - zum Teil mehrere Personen in einer Einzelzelle -, wurden wir zum großen Teil in Handschellen zur

kriminalpolizeilichen Vernehmung gebracht, ohne Rechtsmittelbelehrung verhört und erkennungsdienstlich behandelt: mehrere Serien von Fingerabdrücken und Fotos wurden angefertigt. Die grundgesetzwidrige erkennungsdienstliche Behandlung und die ebenso rechtswidrige Festnahme widerfuhr nur den Besetzern und Paten dieses und eines weiteren Hauses. Die übrigen fast 700 Personen wurden vor ihren Häusern nach Erfassung ihrer Personalien sofort freigelassen, während man die letzten von uns erst in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages entließ. Den Besetzern und Paten der 8 Häuser drohen nun Strafprozesse: sie werden des Hausfriedensbruchs, der Nötigung, der Freiheitsberaubung, des Widerstands gegen die Staatsgewalt und der Sachbeschädigung beschuldigt.

Als der Innensenator Lummer dienach seinem Verständnis siegreiche Aktion durch eine Pressekonferenz in einem soeben geräumten Haus feierte, trieb die Polizei eine über diesen provokatorischen Akt empörte Menschenmenge auf eine stark befahrene Straße. Hierbei wurde der 18jährige Klaus Jürgen Rattay von einem Bus überfahren und getötet. Mahnwachen an dieser Stelle wurden immer wieder von der Polizei unter Tränengas- und Schlagstockeinsatz gestört und aufgelöst.

*Helm ab zum Nachdenken*

Der Berliner Senat war bislang nicht imstande, die Lehren aus der Situation der letzten Monate, die in den schrecklichen Ereignissen des 22. September gipfelte, zu ziehen. Ein Toter, ca. 2 500 Verletzte und über 5 000 Ermittlungs- und Strafverfahren sind ihm noch nicht genug: gedroht wird mit weiteren Räumungen, deren unabsehbare Folgen mithin einkalkuliert sind. Die SPD zog ein Mißtrauensvotum gegen den hauptverantwortlichen Innensenator Lummer zurück, um mit den anderen Parteien und gesellschaftlichen Verbänden sogenannte Friedensgespräche zu führen. Diese Gespräche, an denen niemand von den Betroffenen und keiner ihrer gutwilligen Vermittler teilnahm, mußten ergebnislos bleiben; der einzige Vorschlag des Bausenators Rastemborski, den 80 000 Wohnungssuchenden 10 Häuser zur Verfügung zu stellen, die obendrein zum Teil noch bewohnt oder schon besetzt sind, konnte als blanker Zynismus nur abgelehnt werden. Dagegen gründeten die Betroffenen selbst einen Gesprächskreis, in dem neben Instandbesetzern und Paten alle relevanten Jugendorganisationen, Gruppen aus Kirchen und Gewerkschaften, Humanistische Union, Republikanischer Anwaltsverein und viele andere namhafte Persönlichkeiten und Organisationen um politische Lösungen der Wohnungsproblematik sowie der gesellschaftlichen Spannungen bemüht sind. Eindrucksvolles Resultat dieser Initiative war eine Veranstaltung am 8.10. mit über 3 000 Teilnehmern, auf der Konzepte instandbesetzter Häuser vorgestellt und Maßnahmen gegen die weiterhin unerträgliche Situation diskutiert wurden.

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, der aktuellen Gefährdung demokratischer Rechte in der BRD und Westberlin nicht widerstandslos zuzusehen, sondern nach unseren Kräften durch Weiterführung von Patenschaften und die Mitarbeit an Untersuchungsausschüssen und sozialpolitischen Initiativen zur Durchsetzung der Grundrechte auf Wohnen und freie Meinungsäußerung beizutragen. Nicht zuletzt die internationale Solidarität verpflichtet uns, alles zu tun, daß nicht länger auch in unserem Land formales Recht und formale politische Legitimation zur Zerstörung menschlicher Existenzen mißbraucht werden.



# BUNDESREPUBLIK

## Wann brennt der Elysee-Palast?

Der Würzburger Soziologe Professor Dr. Lothar Bossle, wissenschaftlicher Direktor des Würzburger Instituts für Demokratieforschung, ist von der Militärdiktatur in Chile so begeistert, daß er sogar sein Freisemester in Santiago verbringt, um von den chilenischen Militärs zu lernen, wie man der Bedrohung der Demokratie in Europa begegnen kann.

Als Lothar Bossle von der bayrischen CSU-Kultur-Bürokratie gegen heftigen Widerstand zum Soziologie-Professor und Leiter eines Instituts für Demokratie-Forschung gemacht wurde, waren die Befürchtungen groß, daß man da den Bock zum Gärtner gemacht haben könnte. Zu eindeutig hatte sich damals schon der ursprünglich aus dem SDS stammende und zum Rechtsradikalen geläuterte Sozialistenfresser als Fürsprecher des Militärputschs in Chile herorgetan. Er hatte nicht einmal davor zurückgeschreckt, den demokratischen Sozialisten Salvador Allende mit Adolf Hitler zu vergleichen.

Nun aber werden alle damaligen Befürchtungen noch übertroffen: Bossle verbringt sein Freisemester in dem Land, das für ihn eine "Insel des Glücks" darstellt, und gibt in einem Interview mit "El Mercurio", der Zeitung der chilenischen Großbourgeoisie, freimütig Auskunft über seine Ansichten zur Demokratie.

Dark des Eingreifens des Militärs 1973 sei, so Bossle, der gesellschaftliche "Zersetzungsprozeß" zum Stillstand gekommen, und jetzt sei Chile schon lange nicht mehr ein unterentwickeltes Land. "Es wäre eine Beleidigung, so etwas zu sagen. Dieses Land hat weniger soziale und wirtschaftliche Probleme als die europäischen Nationen."

Den europäischen Kontinent schildert dieser sich so modern gebende Mensch überhaupt in den düstersten Farben. weil Sozialisten, die zum Wahlkampf geeignet, aber zum Regieren unfähig seien, so leicht Wahlen gewinnen könnten. Nach Frankreich dröhe jetzt auch Griechenland in ihre Hände zu fallen. Besonders gefährlich erscheint ihm der französische Sozialismus, weil "die Streitkräfte nicht befähigt sind, solche Maßnahmen zu treffen wie die chilenischen Streitkräfte".

Bossles Demokratieforschung mündet in die Forderung, unsere "plebiszitäre Demokratie" durch eine "repräsentative Demokratie" zu ersetzen, in der das Parlament weniger Gewicht hat und die Entscheidungsgewalt beim Regierungschef liegt. Weil die chilenische Diktatur diesen Demokratievorstellungen so gut entspricht, werden ab und zu auch Vertreter des Regimes nach Würzburg eingeladen, um über soziale Marktwirtschaft und Demokratie in Chile zu sprechen. Man sollte Herrn Bossle vorschlagen, gleich dort zu bleiben, wo es ihm so gut gefällt. Da die chilenischen Universitäten sich aber selbst finanzieren müssen, ist fraglich, ob man ihn dort nehmen würde. So wird er wohl nach Würzburg zurückkehren und dafür arbeiten, daß wenigstens die Bundeswehr fähig wird, im Ernstfall die nötigen "Maßnahmen" zu treffen.

## Gendarstellung zur Fernsehsendung des SWF vom 5.8.81

(Autoren: Projektgruppe "Beziehungen Deutschland - Lateinamerika".  
verantwortlich: A. Franke, V. Wunderlich)

Mit dieser Gendarstellung zu J. Waldmanns Fernsehbericht über Nicaragua "Die gestohlene Revolution" wenden sich die Autoren und Unterzeichner an den verantwortlichen Redakteur der Sendung und die Sendeanstalt, darüber hinaus an die Massenmedien und die allgemeine Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Die in der Sendung enthaltenen einseitigen, unausgewogenen, die Wirklichkeit verzerrend und falsch wiedergebenden Darstellungen machen eine öffentliche Richtigstellung notwendig.

Die Sorgfaltspflicht der Journalisten einer öffentlich-rechtlichen Anstalt bei der Berichterstattung gilt insbesondere für Sendungen über Länder der sogenannten "Dritten Welt", da die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik sich ihre politische Meinung über die Entwicklung dieser Länder nicht aus eigener Anschauung bilden kann. Die Beachtung von Objektivität und Ausgewogenheit bei der Informationsvermittlung ist nicht nur ein Gebot subjektiver Wahrhaftigkeit für die Journalisten, sie ist auch die demokratisch gebotene Grundlage für den politischen Entscheidungsprozeß der Öffentlichkeit, aus dem die Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu anderen Völkern und deren Regierungen hervorgeht.

Der Berichterstattung über Nicaragua kommt hierbei insofern eine besondere Bedeutung zu, als das Land nach langer Zeit der Plünderung durch die Diktatur der Somozas und durch die Zerstörungen und Opfer des Befreiungskrieges gegenwärtig für Wiederaufbau und Entwicklung auf die Unterstützung aus dem Ausland angewiesen ist. Diese Unterstützung ist abhängig von dem Verständnis, das die internationale Öffentlichkeit den Entwicklungsproblemen Nicaraguas entgegenbringt.

Indem J. Waldmann in seinem Bericht Nicaragua zu einer totalitären Diktatur einer kleinen Gruppe von 9 Kommandanten stellt, versperrt er das Verständnis und behindert die Unterstützung für den Befreiungsprozeß eines Landes und Volkes aus wirtschaftlicher Armut und politischer Unterdrückung. Dies soll durch die folgende Auseinandersetzung mit Aussagen und Behauptungen der Sendung gezeigt werden.

## 1. Sturz der Somoza-Diktatur, Sandinistische Befreiungsbewegung und bürgerliche Opposition

In der Sendung wird der Eindruck erweckt, als hätte es gegen die Somoza-Diktatur eine gemeinsame Oppositionsfront der gesamten Bevölkerung mit einem einheitlichen politischen Programm gegeben. Es wird behauptet, daß die Sandinistische Befreiungsbewegung dieses programmatische Einheitsbündnis nach dem Sturz gebrochen und an dessen Stelle eine eigene Diktatur errichtet, die Revolution - wie der Titel der Sendung lautet - den anderen Oppositionskräften gestohlen hätte.

Zitat aus dem Text der Sendung:

"Das ganze Volk Nicaraguas beteiligte sich am Kampf gegen Somoza: Sandinisten, bürgerliche Politiker, Arbeiter und Bauern, Sozialisten und die Kirchen zwangen den Tyrannen aus dem Land und wollten gemeinsam das neue Nicaragua aufbauen. Davon ist nach zwei Jahren nichts mehr übriggeblieben.

Die bürgerlichen Politiker, deren Anteil am Kampf gegen Somoza von der sandinistischen Propaganda heute verdrängt wird, finden sich in der Opposition - wie zu Zeiten Somozas."

Diese Darstellung verfälscht den tatsächlichen Verlauf des Befreiungskampfes, sie verschweigt die unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen und Zielsetzungen von bürgerlicher Opposition und Sandinistischer Bewegung und unterläßt es, die Kompromißbereitschaft der Mehrheit des Bürgertums gegenüber der Diktatur und den Interessen der USA von dem kompromißlosen Kampf der Sandinisten abzugrenzen.

Bei der Oppositionsbewegung gegen die Somoza-Diktatur sind im wesentlichen zwei politische Positionen vertreten: einerseits die Opposition des Bürgertums für eine Reform der Diktatur, für die Herstellung uneingeschränkter bürgerlich-parlamentarischer Verhältnisse mit vorherrschend kapitalistischer Organisation der Wirtschaft, andererseits der bewaffnete Kampf der Sandinistischen Befreiungsbewegung mit dem Ziel des Sturzes der Diktatur und einer revolutionären Veränderung von Staat und Gesellschaft, die den privaten Sektor der Wirtschaft einer nationalen, gesamtgesellschaftlichen Planung unterwirft, die politische Macht des Bürgertums einschränkt und den Interessen der Bevölkerungsmehrheit unterordnet.

Der Gegensatz dieser beiden Positionen wird 1978 deutlich, als die Diktatur Somozas aufgrund des zunehmenden Widerstandes großer Teile des Volkes und militärischer Erfolge der Sandinistischen Befreiungsbewegung zum ersten Mal gefährdet erscheint und sich international durch das willkürlich brutale Vorgehen der Nationalgarde gegen die Bevölkerung weiter isoliert.

Auf Druck der USA stimmt Somoza den Vermittlungsverhandlungen einer Delegation der Organisation Amerikanischer Staaten unter führender Beteiligung der USA mit der nicaraguanischen Opposition zu. Bei diesen Verhandlungen geht die Mehrheit des oppositionellen Bürgertums von der Forderung nach bedingungslosem Rücktritt Somozas ab und erklärt darüber hinaus ihre Bereitschaft, mit Somozas "Liberaler Partei" eine Koalitionsregierung zu bilden.

Die Sandinistische Befreiungsbewegung dagegen führt den politischen und militärischen Kampf zum bedingungslosen Rücktritt Somozas weiter und findet dabei Zustimmung und Rückhalt bei der großen Mehrheit des Volkes.

Der Sturz und die Flucht Somozas 1979 ist daher nicht nur ein militärischer Sieg der Sandinisten über die Somoza-Diktatur, er ist darüber hinaus der von der Bevölkerungsmehrheit unterstützte politische Sieg gegen die zu Kompromissen mit der Diktatur und den Interessen der USA bereite Haltung der Mehrheit des oppositionellen Bürgertums.

Daß sich dieses Bürgertum nach dem Sturz der Diktatur gegen eine Revolution stellt, die es schon während des Befreiungskrieges ablehnte, ist erklärlich, da ihm seine vornehmlichen ökonomischen und politischen Privilegien genommen werden zugunsten der Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Von einer "gestohlenen Revolution" zu sprechen - wie dies im Titel der Sendung geschieht - ist absurd. Daß denen, die eine Reform, aber keine Revolution wollten - der Mehrheit des Bürgertums -, die Revolution gestohlen worden wäre, ergibt keinen Sinn. Daß diejenigen, die für die Revolution gekämpft und sie durchgesetzt haben, die Sandinistische Befreiungsbewegung mit der Unterstützung der Mehrheit des Volkes, die Revolution gegen ihre Gegner, das oppositionelle Bürgertum, verteidigen, ist legitim.

## 2. Macht und Demokratie in Nicaragua nach dem Sturz der Diktatur

In einer Art Zusammenfassung am Schluß der Sendung wird festgestellt: "die Sandinisten haben alle Machtpositionen besetzt", mit anderen Worten: eine totalitäre Diktatur errichtet. Dem Autor J. Waldmann ist vorzuwerfen, daß er diese seine Behauptung nicht zu belegen vermag und daß er die Informationen den Zuschauern vorenthält, die seine verallgemeinernde und diffamierende Behauptung widerlegen würden.

Zitat:

"Heute wird Nicaragua scheinbar von einer Junta, tatsächlich aber von neun Kommandanten regiert, allesamt in Kuba ausgebildet, Freunde Fidel Castros und Anhänger einer marxistischen Gesellschaftsordnung.

Die Sandinisten haben alle Machtpositionen besetzt. Sie nehmen die Revolution allein für sich in Anspruch. Und im Schatten Kubas wollen sie allein Nicaraguas Weg in die Zukunft, sein politisches System, seine Lebensweise bestimmen."

An keiner Stelle der Sendung wird die Behauptung erklärt oder begründet, daß und wie neun sandinistische Kommandanten die tatsächliche Regierungsgewalt ausübten. Die politisch-ideologische Pluralität als ein wesentliches Kennzeichen der sandinistischen Bewegung und Führung wird nicht erwähnt. Die Feststellung, die Sandinisten hätten alle Machtpositionen besetzt, steht in offensichtlich krassem Widerspruch zur Wirklichkeit:

Die Mitglieder der Regierung, einer Koalitionsregierung, haben unterschiedliche politisch-ideologische Standorte.

Der Staatsrat setzt sich zusammen aus einer Vielzahl von

politischen und gesellschaftlichen Kräften und Institutionen (Parteien der Regierung und Opposition, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen, Unternehmerverbänden, der Universität, der Kirche usw.).

Es besteht eine von den anderen Staatsorganen unabhängige Rechtsprechung.

Im Bereich der Wirtschaft befinden sich ca. 75% der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion in Privateigentum.

Daß die Streitkräfte aus dem Sandinistischen Befreiungsheer hervorgegangen sind und die Somoza-hörige Nationalgarde abgelöst haben, ergibt sich völlig selbstverständlich aus der Notwendigkeit der Verteidigung des Landes und der Revolution.

Widerlegt diese Aufzählung einerseits die Behauptung einer totalitären Diktatur der Sandinisten, so ist sie andererseits ein Beweis für das Bemühen der Sandinistischen Befreiungsbewegung, den revolutionären Prozeß unter Beteiligung und im Dialog mit den anderen politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen des Landes zu gestalten. Daß in diesem Prozeß die Sandinisten als politische Kraft eine führende Rolle einnehmen, entspricht der demokratischen Legitimation des Befreiungskrieges, wie es auch legitim ist, daß der politischen und ökonomischen Freiheit der Opposition dort Grenzen gesetzt sind, wo die Grundsätze und Ziele der Revolution, gewissermaßen ihre Verfassung, bedroht werden.

### 3. Die Wünsche des nicaraguanischen Volkes und seine Beteiligung

#### an der Revolution

Zitat

"Die Sandinisten haben alle Machtpositionen besetzt. Sie nehmen die Revolution allein für sich in Anspruch.

Das Volk von Nicaragua aber ist nicht beteiligt."

Im abschließenden Satz seines Berichts gelangt J. Waldmann zu der kategorischen Feststellung, daß das Volk von Nicaragua an der Revolution nach dem Sturz Somozas nicht beteiligt ist, nachdem er vorher genauso kategorisch festgestellt hat, daß "ohne Rücksicht auf die Wünsche des nicaraguanischen Volkes regiert würde". Diese Aussagen mögen im Rahmen einer falsch verstandenen Freizügigkeit, einer an Willkür grenzenden Berichterstattung möglich sein; mit wahrheitsgemäßer Berichterstattung jedenfalls haben sie nichts zu tun.

Grundsätzlich ist zu erwidern, daß so wie der Befreiungskrieg ohne die Unterstützung und Beteiligung der Mehrheit der Bevölkerung nicht möglich war und zum Erfolg geführt hätte, auch der revolutionäre Prozeß nach dem Sturz Somozas, der Wiederaufbau des während der Diktatur geplünderten und durch den Befreiungskrieg zerstörten Landes ohne die Beteiligung des Volkes unmöglich gewesen und bereits gescheitert wäre.

Daß in Nicaragua eine kleine Gruppe politisch-militärischer Kader, et wa die von J. Waldmann angeführten "alleinregierenden" 9 sandinistischen Kommandanten, eine Politik der Unterdrückung gegen ein Volk durchsetzen würde oder könnte, das für seine Frei-

heit gerade eine Diktatur zu stürzen vermochte, ist nicht glaubhaft zu machen. Das Ausmaß der organisierten Beteiligung der Bevölkerung am politischen und gesellschaftlichen Leben, die große Zahl von politischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Organisationen der Frauen, der Jugend, der Kirchen beweisen das Gegenteil. Daß dabei die große Mehrheit der Bevölkerung die Politik der Regierung - auch kritisch - unterstützt, ohne dazu gezwungen werden zu können, ist eine überprüfbare Tatsache, die der Autor der Sendung nicht wahrhaben will.

Die Abhaltung von allgemeinen und freien Wahlen ist ein notwendiger Prüfstein jeder Demokratie. Daß in einer Zeit des revolutionären Umbruchs, der sich mit sichtbarer Beteiligung und Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung vollzieht, Wahlen für nationale Vertretungskörperschaften zu einem Zeitpunkt stattfinden sollen, an dem sich das neue staatliche und gesellschaftliche Leben normalisiert und konsolidiert hat, erscheint verständlich. Die Regierung hat diese Wahlen für das Jahr 1985 angesetzt. Kennzeichen für eine Demokratie ist über die mittelbare demokratische Mitwirkung durch die Stimmabgabe bei Wahlen die direkte demokratische Beteiligung der Bürger am politischen Leben, eine Form der Demokratie, die in den westlichen repräsentativ demokratischen Systemen lange Zeit unterbewertet wurde. In Nicaragua gibt es für die Bevölkerung die Möglichkeit dieser direkten demokratischen Beteiligung, zum Beispiel in den Nachbarschaftskomitees zur Verteidigung der Revolution. Diese Komitees sind hervorgegangen aus den Widerstandskomitees in den Wohnvierteln während des Befreiungskrieges, in denen die Sandinistische Befreiungsbewegung zusammen mit der Bevölkerung den Kampf gegen die Diktatur organisierte. Mit dem Sturz Somozas veränderte sich der Charakter dieser Komitees. Als Organe der Selbstverwaltung organisieren sie auf lokaler Ebene das politische und soziale Leben in den Wohnbezirken, z.B. in den Bereichen der Gesundheit (Trinkwasserversorgung, Abfallbeseitigung, medizinische Versorgung), der Bildung (Alphabetisierung), des Straßen- und Wegebbaus, der Kultur usw. Sie wirken darüber hinaus mit bei der Abwehr von Attentaten und Überfällen durch Somoza-Anhänger - dies war in der Zeit unmittelbar nach dem Sturz Somozas stärker der Fall als gegenwärtig. Struktur und Arbeitsweise dieser Komitees sind demokratisch: jeder Einwohner kann daran teilnehmen, der Vorstand wird von den Bürgern des Bezirks gewählt auf einer Versammlung, die öffentlich ist, über Aufgaben und Arbeitsplanung wird auf Versammlungen diskutiert und mehrheitlich entschieden.

Für den Redakteur der Sendung sind diese Komitees "fünfköpfige Führungsgremien", die "die Aktivitäten der Einwohner überwachen". Die demokratische Struktur und Zielsetzung der Komitees dagegen findet keine Erwähnung.

Wenn der Autor in der Sendung zu der Schlußfolgerung gelangt, daß "ohne Rücksicht auf die Wünsche des nicaraguanischen Volkes" regiert wird, ist zu fragen, welche Wünsche nach der Auffassung des Autors das nicaraguanische Volk hat - und nicht nur eine oppositionelle Minderheit - und worauf seine Gewißheit beruht, daß es sie habe.

Eine von dem Bemühen um Objektivität geleitete Darstellung hätte bei dem Rückblick auf zwei Jahre Regierungspolitik nach dem Sturz der Diktatur u.a. darauf verwiesen, daß in dieser Zeitspanne

- die Arbeitslosigkeit von 28% auf 17,5% gesunken ist,
- die Produktion von Nahrungsmitteln zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung Vorrang erhalten hat und wesentlich erhöht wurde,
- das Sozialbudget des Staatshaushalts von 16,1% auf 21,6% gestiegen ist,
- die Zahl der Schulkinder um 68% angewachsen ist,
- eine staatliche Nahrungsmittelhilfe für 66.000 bedürftige Personen und 56.000 Grundschul Kinder verteilt wurde,
- insbesondere in abgelegenen Gegenden das Handelsnetz für Grundbedarfsgüter, der Straßen- und Wegebau, die Post- und Telefonverbindungen, die Gesundheits- und Bildungseinrichtungen erweitert wurden,
- die Zahl der Sozialversicherten um 67% gestiegen ist.

Angesichts dieser Auswahl der in dem Fernsehbericht nicht erwähnten Ergebnisse der Regierungspolitik ist nicht zu verstehen, daß in Nicaragua in den vergangenen zwei Jahren ohne Rücksicht auf die Wünsche des Volkes regiert worden wäre.

Die Frage bleibt, warum der Autor der Sendung diese Informationen den Zuschauern vorenthalten hat.

#### 4. Die Probleme der Integration der Atlantikküste

Die Darstellung der Probleme der Miskitia (Atlantikküste) ist ein weiteres Beispiel für die fehlende Objektivität der Sendung. Zunächst gibt der Autor durchaus zutreffende Informationen über die extreme Armut dieser Region und darüber, daß die sandinistische Revolution hier vor einem zusätzlichen Problem steht, da die Miskito-Indianer eine andere kulturelle Tradition haben als 90% der nicaraguanischen Bevölkerung, die in der Region der Pazifikküste leben. Tatsächlich haben sich besonders seit Anfang des Jahres 1981 schwerwiegende Spannungen ergeben, die die Miskito-Bevölkerung verunsichert haben und bei deren Behandlung die nationale Regierung Fehler gemacht hat. Da die Situation an der Atlantikküste ein nationales Sicherheitsproblem darstellt und die Anschläge und Provokationen der Somozisten (mit offen bekannter Unterstützung aus den USA) gerade hier von Honduras aus unternommen werden - was J. Waldmann verschweigt -, hat sich die Regierung in Managua zu einigen bürokratischen und sogar militärischen Maßnahmen verleiten lassen, die von der Miskitia-Bevölkerung nicht verstanden worden sind.

Anders als in einer totalitären Diktatur sind die Maßnahmen in Nicaragua aber öffentlich erörtert und kritisiert worden. Nach langwierigen Verhandlungen mit der Interessenvertretung der Indianer ist im August dieses Jahres dann eine Regelung der kulturellen und ökonomischen Förderung der Indianergemeinden und ihre Einbeziehung in die Agrarreform gefunden worden, die in ganz Lateinamerika als vorbildlich gelten kann.

Wenn J. Waldmann einen Sprecher der Indianer aus Honduras zitiert, nach dem die Miskitos "noch nie unter solchen Umständen" wie

jetzt gelobt hätten, dann greift er damit auf einen höchst zweifelhaften Zeugen zurück, denn die meisten der Miskito-Führer, die nach Honduras gegangen sind, haben sich offen auf die Seite der Somozisten gestellt und das in Miami auf einer Pressekonferenz auch bekannt. J. Waldmann gibt diese höchst tendenzielle Aussage wieder, obwohl er eigentlich wissen müßte, was von allen Fachleuten jederzeit bestätigt werden kann: Die indianischen Küstenvölker haben eine einzige Vergangenheit des Dlendts und der Unterdrückung hinter sich, gerade unter dem Somozismus, und es geht ihnen heute, seit der Revolution, wesentlich besser als davor. Es widerspricht dieser Feststellung nicht, daß scharfe Konflikte mit der Zentralregierung aufgetreten sind. Diese Konflikte konnten in dieser Form überhaupt erst spürbar werden, weil die Indianer zum ersten Mal nach der Revolution die Möglichkeit hatten, sich zu organisieren und ihre Stimme zu erheben. Daß das bei einer langen Tradition der Unterdrückung nicht reibungslos abgehen kann, wird jedem Beobachter einleuchten müssen.

J. Waldmann ist um eine solche differenzierte Sichtweise nicht bemüht, er geht vielmehr zum Beweis seiner These der kubanisch-russischen Unterwanderung über. Die Behauptungen, nicaraguanische Lehrer und Ärzte würden willkürlich durch Kubaner ersetzt, sind so absurd, daß sich kein ernsthafter Mittelamerika-Kenner mit ihrer Widerlegung aufhalten wird. Waldmann erweckt den Eindruck, als würde ein blühendes Gesundheits- und Schulsystem unterwandert und überfremdet. Wie kann denn das vor sich gehen, wenn es bisher in der Region kaum Schulen und Gesundheitseinrichtungen gab (Ausnahme: die protestantischen Missionen unter den Creoles von Bluefields)? Die Situation ist eine andere: Die Sandinisten bemühen sich zum ersten Mal um den Ausbau dieser Sozialleistungen, die unter Somoza unbekannt waren. Dabei gibt es einen katastrophalen Lehrer- und Ärztemangel, und darum werden an der Atlantikküste wie in anderen Teilen des Landes auch Freiwillige aus Kuba eingesetzt - ebenso wie übrigens Lehrer und Ärzte aus der Bundesrepublik, die nach Nicaragua vom Deutschen Entwicklungsdienst vermittelt wurden.

#### 5. Kirche und Revolution

Als Zeugen für seine Behauptungen über die Opposition in Nicaragua beruft sich J. Waldmann auf die katholische Kirche. Er behauptet, die Kirche befinde sich in "Opposition zur sandinistischen Diktatur".

In ihrem Hirtenbrief vom November 1979 nach dem Sturz Somozas anerkennen die Bischöfe Nicaraguas die führende Rolle der Sandinistischen Befreiungsbewegung im revolutionären Prozeß und erklären, daß sie zusammen mit der Mehrheit der Bevölkerung eine gesellschaftliche Revolution anstreben, die die vorangegangene abhängige und kapitalistische Entwicklung Nicaraguas durchbricht. Anfang 1981 gibt es einen Konflikt zwischen dem Erzbischof und der Mehrheit der nicaraguanischen Bischofskonferenz, der sich um eine Reihe von strittigen Fragen dreht, u.a. die Mitarbeit mehrerer Priester in der Regierung und die Texte der neuen Schulbücher.

Falsch ist in der Darstellung der Sendung, daß sich die Kirche insgesamt in Opposition befände. Im Gegenteil, es ist ein besonderes Merkmal der sandinistischen Revolution, daß die Kirche fast in ihrer Gesamtheit daran aktiv teilgenommen hat. Der jetzige Konflikt geht nicht von der Regierung oder der Sandinisti-

schen Bewegung aus, sondern ist im Verhalten des Erzbischofs und einiger Bischöfe begründet, den Zustand der guten Zusammenarbeit rückgängig zu machen. In ihrer Kritik an der Revolution werden diese konservativen Kirchenführer von einem Teil der Kirche unterstützt, aber nach allem objektiven Dafürhalten ist dieser "oppositionelle Teil" eine Minderheit in der Kirche selbst. Entgegen den Unterstellungen in der Sendung handelt es sich nicht um einen tiefen Konflikt zwischen Kirche und Staat, sondern um eine innerkirchliche Auseinandersetzung, die von ihrem konservativen Teil vorangetrieben wird. Dieser Konflikt ist nicht auf Nicaragua beschränkt, er ist Teil eines Konfliktes in ganz Lateinamerika, der auf der Bischofskonferenz von Medellín begonnen und sich nach der neuen Konferenz von Puebla weiter zugespielt hat.

J. Waldmann verschweigt da z.B., daß der Erzbischof einige Gemeindepriester, die seinen Konfliktkurs mit dem Staat nicht teilen, aus ihren Ämtern zwangsversetzen wollte, diesen Plan aber wieder zurückziehen mußte, weil die Proteste aus den Gemeinden zu stark waren und auch der Vatikan seine Maßnahmen nicht billigte.

Ebenso wird der Streitpunkt mit der Übertragung der Sonntagsmesse von Msgr. Obando y Bravo unzutreffend dargestellt. Es handelte sich nicht darum, daß das staatliche Fernsehen der Kirche einfach das Wort abschneiden wollte. Das Fernsehen hatte vielmehr beschlossen, anstelle der Sonntagspredigt des Erzbischofs die Sonntagsmesse einer Gemeindepfarrei am Stadtrand von Managua zu übertragen. Nun war es der Erzbischof, der mit Verbotsmaßnahmen die Entfaltung einer freien Diskussion unmöglich machte: Er untersagte qua Amtsbefugnis Fernsehübertragungen aus allen Kirchengemeinden seiner Diözese.

Der Autor der Sendung weckt mit seinen unvollständigen Nachrichten beim deutschen Zuschauer Assoziationen einer "Kirchenverfolgung". Diese Parallele wird niemand ziehen dürfen, der Nicaragua kennt. Kann man an Kirchenverfolgung denken in einem Land, wo das Kultus-, Außen- und Sozialministerium mit katholischen Priestern besetzt sind? Darf man, wie J. Waldmann, den Eindruck erwecken, daß der Kirche der Zugang zur Öffentlichkeit abgeschnitten wird, wenn ihr die Seiten der oppositionellen Tageszeitung "Prensa" und oft genug auch der regierungsoffiziellen Zeitungen offenstehen? Wenn die Kirche über eigene Radiostationen, über eine große Zahl eigener Schulen und eigener Publikationen verfügt, die völlig frei und unbehindert arbeiten können?

## 6. Die äußere Bedrohung der Revolution und der Aufbau der Volksmilizen

Die äußere Bedrohung der nicaraguanischen Revolution durch die politischen und militärischen Interessen vor allem der USA wird in der Sendung als ein "Gespenst" hingestellt, d.h. als eine Bedrohung, die in Wirklichkeit gar nicht existierte. Mit einem Mindestmaß an Information hätte der Autor zur Schlußfolgerung gelangen müssen, daß diese Bedrohung einen Bestandteil aller Bereiche der US-amerikanischen Außenpolitik ausmacht, politisch, ökonomisch und militärisch. Es bleibt auch hier die Frage, warum diese Informationen in der Sendung nicht gegeben worden.

"Das ganze Volk zu den Milizen", Werbung für eine Feierabendarmee, die mittlerweile über 100.000 Mitglieder umfaßt und die Machtbasis der Regierung noch verstärkt ... "Zur Verteidigung der Revolution" ist die offizielle Begründung. Das Gespenst einer amerikanischen Intervention, die Bedrohung des neuen Nicaragua durch den Imperialismus, wird immer wieder beschworen. Und Überfälle von Somozistenbanden auf nicaraguanische Dörfer von Honduras aus gelten als Rechtfertigung für den Aufbau dieses Rieseneheeres und als Beweis für die Absichten der Amerikaner, die nicaraguanische Revolution zu zerschlagen."

Für die US-amerikanische Außenpolitik war und ist Mittelamerika eine Region ihrer eigenen nationalen Sicherheit. Mit dem Sturz Somozas wurde ein politisch, ökonomisch und militärisch verlässlicher Bündnispartner der USA gestürzt. Der politische und militärische Sieg der Sandinistischen Befreiungsbewegung ist für die Definition US-amerikanischer außenpolitischer Interessen des gegenwärtigen Präsidenten Reagan mit der Errichtung eines "neuen Vorpostens für sowjetische Kampfbrigaden" gleichzusetzen (Reagan: Frieden und Freiheit für die achtziger Jahre). Nicaragua wird im Schema einer Dominotheorie als Bedrohung für die gesamte mittelamerikanische Region gesehen, die die USA nicht zulassen werden.

Wenn die Weltmacht USA sich von der politischen Entwicklung des mittelamerikanischen Kleinstaats Nicaragua in ihren Interessen bedroht fühlt, wieviel mehr Grund müssen die nicaraguanische Regierung und die Bevölkerung haben, die US-amerikanische Bedrohung ernstzunehmen!

Die Möglichkeit der erfolgreichen Abwehr einer militärischen Intervention der USA (auf die bereits erfolgten ökonomischen Blockademaßnahmen kann hier nicht eingegangen werden) kann in Anbetracht deren vielfacher militärischer Überlegenheit für Nicaragua nur darin bestehen, die gesamte Bevölkerung politisch und militärisch auf eine solche Intervention vorzubereiten, das Volk in Milizen zu organisieren und zu bewaffnen.

Eine denkbare Form der militärischen Intervention der USA deutet sich an in der massiven Zunahme von Militärhilfe an Honduras, auch an Guatemala und El Salvador, Länder, für deren Regierungen die nicaraguanische Revolution nicht eine außenpolitisch-militärische, sondern eine innenpolitische Bedrohung ihrer eigenen repressiven Regime bedeutet. Die militärische Intervention der USA könnte - aus geostrategischen Gründen u.a. - die Gestalt eines Stellvertreter-Krieges wie im Falle Kubas bei der Schweinebuchtinvasion annehmen, wobei die Rüstungskosten und die militärische Beratung von den USA übernommen würden.

Nach Honduras, Nachbarland Nicaraguas mit einer langen gemeinsamen Grenze, ist eine große Zahl von ehemaligen Nationalgardisten Somozas geflohen; von dort aus bereiten sie nach eigenen Erklärungen - mit inoffizieller Unterstützung von Regierungsstellen - die "Befreiung" Nicaraguas vor und organisieren Überfälle auf nicaraguanisches Gebiet.

Honduras hat in einem Jahr mehr Militärhilfe von den USA erhalten als in den vergangenen 20 Jahren. Für Oktober 1981 haben die USA gemeinsame Landungsmanöver mit Honduras an der honduranischen Atlantikküste geplant.

Der Oberkommandierende des US - Southern Command, General Wallace Kutting, erklärte honduranischen Militärs, daß im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Nicaragua die USA Honduras unterstützen würden (M.Niedergang, Guardian Weekly 30.8.81).

Angesichts dieser Entwicklung kommt das Leugnen oder die Geringschätzung einer äußeren Bedrohung Nicaraguas einer verhängnisvollen Täuschung gleich.

### 7. Der Fernsehbericht J. Waldmanns und die Grundsätze für Sendungen des SWF

- (1) Die Programme des Südwestfunks müssen vom Geiste demokratischer Freiheit und der Verständigung unter den Völkern getragen sein.

...

- (3) Nachrichten und Berichte müssen im Inhalt wahrheitsgetreu und in der Wiedergabe sachlich sein. Zweifel an der Zuverlässigkeit einer Nachricht sind zum Ausdruck zu bringen. Nachrichten sind von Kommentierungen und Stellungnahmen zu trennen.

(Zitiert aus dem §5 des Staatsvertrags über den SWF)

Ein Vergleich der "Grundsätze für Sendungen" des Südwestfunks mit dem Fernsehbericht "Die gestohlene Revolution", der von der Sendeanstalt des SWF ausgestrahlt wurde, führt aufgrund der vorangegangenen Darlegungen notwendig zur der Schlußfolgerung, daß der verantwortliche Redakteur J. Waldmann

- den Grundsatz einer wahrheitsgetreuen und sachlichen Berichterstattung nicht eingehalten und Zweifel an der Zuverlässigkeit von Nachrichten in seinem Bericht nicht zum Ausdruck gebracht hat, obwohl dies der Objektivität wegen erforderlich gewesen wäre,
- durch die fehlende Objektivität und Ausgewogenheit seiner Berichterstattung keinen Beitrag zur Verständigung des nicaraguanischen und deutschen Volkes geleistet hat.



Diese Forderung nach wahrheitsgetreuer Berichterstattung wurde von zahlreichen Institutionen und Personen unterzeichnet.

Leser der LN, die diesen Aufruf unterstützen wollen, mögen bitte Briefe an den Südwestfunk senden.

# EL SALVADOR

## Diplomatische Konterrevolution

*Die Einmischung in die »inneren Angelegenheiten«...*

Am 2. September veröffentlichte die venezuelanische Regierung eine Deklaration, in der die mexikanisch-französische Anerkennung der salvadorenschen Opposition der FDR-FMLN heftig kritisiert wird. Die Erklärung wurde mitunterzeichnet von acht weiteren Ländern, d.h. nicht nur von den Militärdiktaturen des lateinamerikanischen Südens und Guatemala, sondern auch von Kolumbien, Honduras und der Dominikanischen Republik. Ecuador, Peru und Costa Rica unterstützten später ebenfalls diese Erklärung. Brasilien bezog eine Zwischenposition in dem diplomatischen Konflikt.

Regie und Koordination bei dieser Stellungnahme lag bei der lateinamerikanischen Christdemokratie, die damit ihre Bündnisbereitschaft mit den Militärdiktaturen erneut deutlich gemacht hat. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Christdemokratie setzt auf eine Allianz sowohl mit der Regierung Reagan, als auch mit den Militärs. Diese Initiative wird von der venezuelanischen und salvadorenschen Christdemokratie getragen und stark beeinflusst. Der zentrale Vorwurf gegenüber Mexiko und Frankreich ist ebenso absurd wie demagogisch: "Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors". Wenn die politisch-diplomatische Anerkennung einer oppositionellen Bündnisorganisation eine Einmischung darstellt, wie sind dann die venezuelanischen Waffenlieferungen vom Sommer 1980 zu qualifizieren, wie die Anwesenheit argentinischer Militärs in El Salvador und deren weitergehenden Interventionspläne? Ganz zu schweigen von der US-Regie, von deren permanenter finanzieller und militärischer Unterstützung die salvadorensische Regierung so abhängig ist wie vom täglichen Brot. Die Erklärung der acht lateinamerikanischen Regierungen stellt mit der Behauptung, daß Mexiko und Frankreich sich in unzulässiger Weise einmischen, die bekannten Realitäten auf den Kopf und versucht die internationale Öffentlichkeit zu täuschen und zu manipulieren.

Der Sturm der Entrüstung gegen diese Verdrehungen und Unwahrheiten bleibt jedoch relativ schwach. Ein Gewöhnungsprozeß hat stattgefunden: diplomatisch-politische Äußerungen werden weniger auf ihren Wahrheitsgehalt hinterfragt, als nach ihren Interessen, die sie bündeln und ausdrücken. Unter dieser eindimensional-machtpolitischen Perspektive waren die diplomatischen Unwahrheiten ein Erfolg.

### *US-argentinische Intervention in EL Salvador?*

Zwischen der Regierung der USA und führenden argentinischen Generälen werden Gespräche über einen möglichen Eingriff argentinischer Militärs in El Salvador geführt. Die Militärdiplomatie steht nicht unter der Federführung des argentinischen Außenministeriums. Ihre wichtigsten Träger sind der US-General Vernon Walters, Berater von Alexander Haig für Lateinamerika-Politik, General Leopoldo Galtieri, Kommandeur des argentinischen Heeres, und Oberst Guillermo Garcia, Verteidigungsminister von El Salvador.

Trotz der weitgehenden Geheimhaltung über die Gespräche hat der salvadorenische Verteidigungsminister und Vertrauensmann der Rechten in der Regierung bestätigt, daß ein Angebot für die Entsendung argentinischer Truppen gemacht wurde. Diese würden zwar im Augenblick nicht gebraucht, man werde jedoch gegebenenfalls auf das Angebot zurückkommen.

Argentinischen Militärberater sind bereits in El Salvador stationiert (Latin America Weekly Report 81/40 S.5). Führende Kreise des argentinischen Militärs rechnen damit, daß die Regierung Reagan stärkere Eingriffe unterstützt, weil sie zunehmende Schwierigkeiten hat, ihre eigenen Interventionsabsichten dem nach Vietnam noch immer "kriegsmüden" nordamerikanischen Publikum zu verkaufen. Anfänge einer neuen Friedensbewegung haben erfolgreich begonnen. Ausgehend von den Solidaritätskomitees, großen Teilen der Kirchen, Teilen der Gewerkschaftsbasis und dem linksliberalen Flügel der demokratischen Partei mobilisiert eine neue Friedensbewegung gegen die aggressive Mittelamerika-Politik der neuen Regierung. Die Regierung selbst sieht sich in El Salvador unter Handlungsdruck: Das Pentagon, die CIA, sowie liberale und konservative Mittelamerika-Experten sind sich in einem Punkt einig: "langfristig sind die salvadorenischen Streitkräfte nicht in der Lage, dem Druck der Linken und der Guerilla standzuhalten". (Hearing des Komitees für interamerikanische Angelegenheiten zur El Salvador Politik der Regierung 17.9.1981) Diese Einschätzung könnte andererseits auch dazu führen, daß die USA die Regierung El Salvadors tatsächlich zu Verhandlungen mit der Opposition zwingen. Die Schwierigkeiten, auf die die Regierung Reagan sowohl in El Salvador als auch in den USA selbst stößt, (bei dem Versuch die demokratische Opposition in El Salvador in einem Blutbad militärisch zu ersticken) könnte dazu führen, daß sich die Regierungspolitik der Position des abberufenen Botschafters Robert White nähert. Dieser schrieb kürzlich in einem Editorial der Washington Post: "das einzig unakzeptable Ergebnis in El Salvador wäre der militärische Sieg der Aufständischen, der einzige sichere Weg um dies zu verhindern wäre eine Verhandlungslösung". Wenn die Strategen des US-Außenministeriums eine Chance sehen, die Linke mittelfristig in einem Verhandlungsprozeß zu entwaffnen, vielleicht sogar zu spalten, dann werden sie dies versuchen, bevor sie die repressions-erfahrenen argentinischen Militärs in einen Stellvertreterkrieg auf die Opposition in El Salvador loslassen.

### Duarte in den USA

Napoleon Duarte ist es in den USA nicht gelungen, seine Position glaubhaft zu vertreten. Weder im Außenministerium noch gegenüber der Öffentlichkeit konnte er sich mit zwei Hauptargumenten durchsetzen: 1. Die Opposition ist ausschließlich terroristisch und die salvadorenische Armee ist in der Lage, sie innerhalb von Monaten zu schlagen. 2. Er und seine Regierung treten vorbehaltlos für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte in El Salvador ein. Seine unglaubwürdigen Äußerungen im Fernsehen haben den Widerstand gegen die neuen Unterstützungsmaßnahmen seitens der Regierung eher gestärkt als geschwächt. In zahlreichen Angriffen auch von Vertretern der Kirche wurde ihm vorgeworfen, daß seine Regierung nicht Willens und in der Lage sei, die Bestimmungen der Genfer Konvention zu halten. Die Genfer Konvention, die 1949 von 50 Staaten, und auch El Salvador, unterzeichnet wurde, war eine politisch-moralische und völkerrechtliche Reaktion auf die Greuelthaten, die während des 2. Weltkrieges an der Zivilbevölkerung und an Kriegsgefangenen begangen wurden. Es wurde versucht einen völkerrechtlichen Schutz zu errichten, nicht nur gegen Wiederholungen des Grauens in den Konzen-

trationslagern, auch gegen willkürliche Bombardierungen und Massenerschießungen ziviler Bevölkerung, sowie gegen die Mißhandlung von Kriegsgefangenen.

Die humanitären Grundsätze der Konvention zielen auf die Milderung der Brutalität zwischen kriegsführenden Staaten. Ihre Bestimmungen sind jedoch auch auf den Bürgerkrieg in El Salvador anwendbar. Die Regierung, die Armee und die von der Regierung geschützten rechtsradikalen Terrororganisationen sind nicht in der Lage, das militärische Patt mit der Guerilla aufzubrechen, geschweige denn die befreiten Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Terror gegenüber der Zivilbevölkerung ist zynischer Ausdruck der Wut der Herrschenden in El Salvador: außer Terror geht nichts mehr. Die großangekündigte Agrarreform stagniert, und wenn Regierungschef Napoleon Duarte bei seiner Reise durch die USA Hilfe für eine "politische Lösung" verlangt, lehnt er gleichzeitig die von der FDR-FMLN geforderten Gespräche ab und treibt seine Lösungsvariante voran: die terroristisch-militärische Lösung. Sicher kann auch die Guerilla nicht immer verhindern, daß bei militärischen Aktionen Unbeteiligte verletzt oder getötet werden, an der Planung ihrer Aktionen ist jedoch erkennbar, daß sie alles Erdenkliche tun, um dies zu verhindern. Mariana Garcia Villas, Präsidentin der Menschenrechtskommission, sagte in einem Interview zum Verhalten der Guerilla: "Die Behandlung der Kriegsgefangenen durch die Aufständischen ist humanitär .. das Verhalten der Guerilla steht im Einklang mit der Genfer Konvention. Dies vermittelt uns einen Eindruck von dem deutlichen Unterschied zwischen der Qualität und dem revolutionären Charakter der Bewegung und dem staatlichen Terror, der durch die Junta praktiziert wird." (El Dia, Mexico, 30.8.81)

### »Bonn zieht sich aus Mittelamerika zurück«

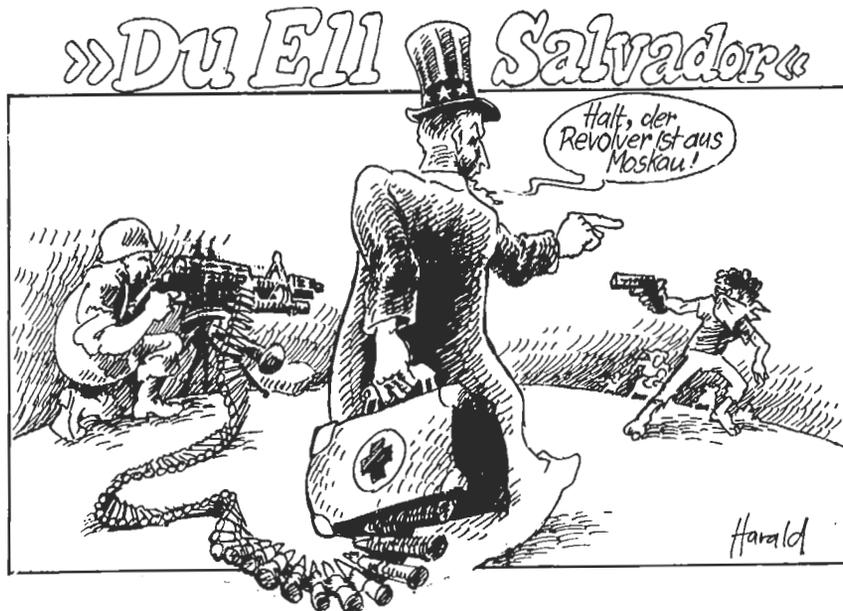
So lautet die Überschrift eines Berichts des Latin America Weekly Report vom 18.9.81 (Nr37/81). In LN Nr.96 haben wir bereits auf die Rückzugstendenzen der Sozialdemokratie und der Bundesregierung aufmerksam gemacht. Schneller als erwartet ist jetzt schon der Punkt erreicht, an dem die deutsche Sozialdemokratie unter dem Druck der Regierung Reagan zunehmend Durchblutungsstörungen und letztendlich kalte Füße bekommt. Die Unterstützung, die der mittelamerikanischen Opposition in den letzten Jahren zugestanden wurde, erweckte den Eindruck, daß zumindest die Sozialdemokratie eine Demokratisierung Mittelamerikas zu unterstützen beginnt. Damit wurde die Hoffnung geweckt, daß die Bundesrepublik aufhört, ausschließlich ein wichtiger Geschäftspartner Mittelamerikas zu sein und nach Menschenrechten und Demokratie in dieser Region nicht zu fragen. Dieser Zustand des Geschäftemachens und Schweigens, der während der sechziger Jahre z.B. gegenüber Nicaragua einen Mantel des Schweigens um die US-inspirierte Somazadiktatur hüllte, soll offensichtlich jetzt wiederhergestellt werden.

Die Chance der Zustimmung zu der mexikanisch-französischen Erklärung wurde vertan, weil die US-Regierung, so unverantwortlich und aggressiv ihre Außenpolitik auch sein mag, ihren bestimmenden Einfluß auf die Politik der Bundesregierungen noch immer nicht verloren hat.

Bereits in der Endphase der Carter-Regierung begann eine massive Einflußnahme der USA auf die Mittelamerika-Politik der Bundesregierung. US-amerikanische Sonderbotschafter wie Einaudi und Eagleburger setzten seither sozialdemokratische und liberale Kreise unter Druck, um die wankende US-Hegemonie in Mittelamerika wieder zu stabilisieren. Die Bundesregierung hat in der Logik dieser Hegemonie eine klar definierte Rolle: Sie darf Geschäfte machen und muß den Mund halten. Thomas Enders, wichtigster Lateinamerikapoli-

tiker nach Alexander Haig hat sich bei seinem Besuch im Juni in Bonn durchgesetzt: Die Bundesregierung wird den Mund halten. Die Friedrich Ebert-Stiftung hat eine Reihe von geplanten Mittelamerika-Seminaren, eines ihrer traditionellen Politik-Instrumente, bereites abgesagt. Ein hoher Regierungsbeamter äußert sich auch entsprechend: "Durch die Lage Berlins sind wir verletzlich. Wir können die FDR nicht anerkennen wie Mexiko und Frankreich es getan haben. Es ist nicht so, daß wir nicht wollten, aber es fehlt uns die Unabhängigkeit, es zu tun."  
 Wenn die Abhängigkeit der Bundesregierung von der US-Regierung dazu führt, daß sie die demokratische Opposition El Salvadors den langen Messern der von den USA bewaffneten Militärs ausliefert - was passiert dann mit der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die sich gegen das Rüstungstromeifener der Regierung Reagan wehrt?

★



## BRASILIEN

### Grabenkämpfe unter den Militärs

Vor zwei Monaten trat General Golbery, Chefideologe der brasilianischen Militärdiktatur, von seiner Schlüsselposition als Kopf des Gabinete Civil nach Machtkämpfen unter führenden Regierungsmitgliedern zurück. Zu diesem Entschluß hat hauptsächlich die Ernennung von General José Luiz Coelho Neto zum Vorsitzenden des Ministerkabinetts beigetragen - eine Position, die durch den schlechten Gesundheitszustand von Armeeminister Walter Pires an Bedeutung gewinnt. Planungsminister Delfim Neto und Golbery waren schon aneinandergeraten, als Golbery das 13. Monatsgehalt für Angestellte im öffentlichen Dienst vorschlug und finanzielle Mittel für soziale Maßnahmen verlangte, während Neto die "Ausbeutung des Wohlfahrtsstaates" stoppen und die Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer um 8 - 10 % erhöhen wollte. Als Figueiredo einen dritten Minister (Hélio Beltrao) in der Sache berief, war Golbery geschlagen. Golbery hatte auch die Regierung nicht überzeugen können, das Atomprogramm zu forcieren. Er bemängelte außerdem die fehlende Kontrolle über staatliche Einrichtungen.

Harte Auseinandersetzungen hatte der General auch mit anderen Ministern, z.B. mit Medeiros, gehabt. Seine 1979 ausgedachte Wahlreform war auf Kritik gestoßen, und der rechte Flügel hegte große Befürchtungen wegen des zu schnellen Fortschritts der "abertura". Noch im Juni hatte Golbery mit neuen Vorschlägen für eine Wahlreform aufgewartet, durch die er den Sieg der Regierungspartei PDS bei den nächsten Wahlen sichern will (Nilo Coelho, PDS-Führer im Senat: "Diese Reformen sind unsere Werkzeuge in der Wahlschlacht. Wir dürfen die Macht nicht verlieren. Wir müssen um jeden Preis gewinnen").

Die nächsten Wahlen reichen von der Neubesetzung der Stadträte bis hin zu den Gouverneuren - es sind die ersten direkten Wahlen seit dem Militärputsch. Ihre Ergebnisse bestimmen das Wahlkollegium, das über die Ernennung des Präsidenten entscheidet. Auf Golberys Änderungsvorschläge hin haben führende Mitglieder der Oppositionsparteien eine wenigstens vorübergehende Verschmelzung aller oppositionellen Parteien ins Auge gefaßt. Obwohl auf diese Weise der Plan der PDS zu einer "Fehlzündung" umgewandelt würde, wehren sich die meisten der kleinen Oppositionsparteien gegen diesen Schritt.

#### Vorschläge der PDS

- Verbot von Wahlbündnissen zwischen Parteien (bedeutet Schwächung der Oppositionsparteien)
- Förderung der rechtmäßigen Verpflichtung zur Wahl (PDS verfügt über die wirksamste Parteienmaschinerie)
- Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von 420 auf 500, die - auf obskuren demographischen Kriterien basierend - zum größten Teil dem Nordosten, der Hochburg der PDS, zugeordnet werden sollen
- freien Wahlpropaganda in TV und Radio, deren begrenzte Dauer proportional zur Stärke der Parteien verteilt werden soll
- 2. Liste "sublegenda" (Wahl der Senatoren und Bürgermeister) soll auf Gouverneure ausgedehnt werden; ein Kandidat der 1. Liste "legenda" gewinnt so automatisch die Stimmen der besiegten Kandidaten seiner Partei (wirkt sich in den Staaten, wo die Partei zer-

splittert ist, positiv aus).

Nach dem Rücktritt Golberys wird deutlich, daß der Wechsel nicht nur eine Stärkung der "harten" Linie in der Regierung bedeutet, sondern zu einer bezeichnenden Wende der Einstellung geführt hat. Golbery machte Kleinschrittige Politik, glaubte Brasiliens wirtschaftliche Probleme nur mit langfristigen Maßnahmen begegnen zu können. Er war überzeugt, die Schwierigkeiten bis zu den nächsten Wahlen nicht beseitigen zu können; um einer Niederlage der PDS vorzubeugen, wollte er das Wahlreglement auf eine Weise manipulieren, die den Sieg der Partei garantiert hätte oder einer der "zuverlässigen" oppositionellen Gruppen, insbesondere der Partido Popular. In der neuen Besetzung ist die Macht gleichmäßig aufgeteilt zwischen Joao Leitao de Abreu, dem neuen Chef des Gabinete Civil, General Octávio Medeiros, Chef des Serviço Nacional de Informacoes und zugleich starker Präsidentschaftskandidat, und dem Präsidenten Figueiredo selbst. Im Wirtschaftsbereich ist der Planungsmi- nister Delfim Neto in noch stärkerer Position.

Das neue Team vertritt eine sofortige und gewaltsame Bekämpfung der Inflation ohne Rücksicht auf soziale Schäden.

General Medeiros, der für seine apokalyptische Weltsicht bekannt ist, sieht in allen gesellschaftlichen Bereichen "Subversive" am Werk. Er versucht, die Regierung zu vorbeugenden Maßnahmen zu bewegen, möglicherweise ist er an den Gewaltaktionen gegen die Moon-Anhänger beteiligt: auf eine Fernsehsendung hin wurden in 7 Städten Moon-Zentren angegriffen.

Andere vermuten, daß bei den jüngsten Unruhen in Salvador Provokateure von der Regierung eingesetzt worden sind, um eine verfrühte Auseinandersetzung herbeizuführen, wengleich nicht bezweifelt wird, daß es echte Beteiligung unter großen Teilen der Bevölkerung gegeben hat. Die Stadtverwaltung von Salvador hatte eine Tarifierhöhung bei den öffentlichen Bussen um 61 % (von 13 auf 21 Cruzeiros) angeordnet. Die Bevölkerung protestierte, indem sie etliche Fahrzeuge in Brand steckte und die Fensterscheiben von 700 Bussen, der Hälfte des gesamten Wagenparks, einwarf. Gegen diese "Subversive" war die Polizei wiederum mit Tränengasbomben angegangen.

Die tagelangen Unruhen haben sicherlich stark mitbewirkt, daß der Fahrpreis von 21 auf 18 Cruzeiros herabgesetzt wurde.

Die allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung kann für die Regierung einen größeren Aktionsraum im Hinblick auf die Wahl schaffen - auf die Unruhen angesprochen, äußerte ein offizieller Sprecher der Präsidentschaft: "Die Wahlen im November 1982 werden stattfinden, gegebenenfalls unter dem Schutz der Streitkräfte".

Vermutlich steht die neue Gruppe der Machthaber eng mit den Militärs in Verbindung, die hinter dem versuchten Bombenanschlag in Rio im Mai dieses Jahres stecken. Zweck dieser Initiative war es, die "Abertura"-Anhänger davon abzuhalten, den Weg zu bahnen für Untersuchungen gegen die Militärführung aus den Tagen der Diktatur.

Für Präsident Figueiredo war die Turbulenz der letzten Wochen wohl doch etwas zuviel: der gestreßte Kettenraucher erlitt in Rio de Janeiro einen Herzinfarkt und hat in der zweimonatigen Ruhezeit viel Zeit zum Nachdenken. Seit Mitte September wird er durch seinen verfassungsmäßigen Stellvertreter Aureliano Chaves vertreten.

## Rechte der Indianischen Völker und der Kirche

1. Die Nationale Bischofskonferenz Brasiliens nahm durch ihren Ständigen Rat auf ihrer Sitzung vom 25-29 August 1981 in Brasília, von dem Verbot Kenntnis, das Missionare daran hindert im Namen der Kirche ihre Arbeit der Evangelisation an der Seite der indianischen Völker auszuführen. Solche Vorfälle ereigneten sich in dem Territorium bzw. in den Staaten von Paraíba (April 81), Espírito Santo (Mai 81), Acre (Juli 81) und, neuerdings, von Pará und Amapá (August 81).

2. Außer der Stimme der Missionare, denen Unrecht geschah, haben wir auch den Schrei der indianischen Völker von beinahe dem ganzen nationalen Gebiet vernommen, den Schrei wegen der Verminderung (wie es z.B. der Fall ist bei den Pataxo/BA, den Xavante/MT, den Tapirapó/MT, den Tupiniquim/ES) oder Nichtvermessung ihres Grund und Bodens (z.B.: Yanomami/RR, Gorotire/PA, Kadiwéu/MT, Potiguara/PB, Apurinã/AM).

3. Gegenüber dem Unverständnis der Indianerschutzbehörde, der Funai, besonders im Verhältnis zum Indianermissionsrat/CIMI, eine dieser Bischofskonferenz angegliederte Behörde, bestehen wir mit allem Nachdruck auf dem Recht der indianischen Völker auf eine gerechte Bodenvermessung, auf ihr Recht auf einen "Lebensraum, der die Grundlage ist, nicht nur für ihr Überleben, sondern für die Erhaltung ihrer Identität als menschliche Gruppe, als wirkliches Volk, als echte Nation", wie es Papst Johannes Paul II. in seiner Ansprache an die Indianer in Manaus (10/07/80) trefflich formuliert hat.

4. Wir bekräftigen weiterhin das Recht und die Pflicht der Kirche ihre Sendung, die frohe Botschaft zu verkünden, in Freiheit auszuführen: "Die Darlegung der evangelischen Botschaft ist für die Kirche keineswegs ein freiwilliger Beitrag, sondern ist vielmehr eine Pflicht, die ihr obliegt, aufgrund des Auftrags des Herrn Jesus" (Paul VI., Evangelii Nuntiandi, n° 5). Papst Paul VI. bestätigt bei derselben Gelegenheit, was das II. Vatikanische Konzil über die Pflicht der Evangelisation erklärt hat: "Aufgrund göttlichem Auftrag obliegt der Kirche die Pflicht durch die ganze Welt zu ziehen und jeder Kreatur das Evangelium zu predigen" (Evangelii Nuntiandi, n° 59). Und es ist die Kirche selbst, die den Inhalt ihrer evangelischen Aktion definiert und ihre Amtsträger auswählt.

5. Die Kirche verweigert sich nicht dem Dialog mit den zuständigen Behörden, weist jedoch jeden Versuch zurück, ihre Sendung in einen Beirat oder eine Schirmherrschaft einer offiziellen Indianerpolitik zu verwandeln. Die Kirche "hinterfragt selbstverständlich jene 'Universalität', die gleichbedeutend ist mit Einbringung und Uniformierung und nicht die verschiedenen Kulturen respektiert, ja sie schwächt, absorbiert oder auslöscht" (Puebla, 427). Der Dialog der Kirche mit den für die offizielle Indianerpolitik verantwortlichen Behörden wird immer orientiert sein von den Notwendigkeiten des Evangeliums und von den Forderungen der indianischen Völker selbst. Auch wenn die Bedingungen für den Dialog erschaffen sind, besteht weiterhin das Recht und die Pflicht auf die Verkündigung der frohen Botschaft als göttlicher Auftrag, wie er geschichtlich von der Kirche immer wahrgenommen wurde.

6. Wir nehmen den Schmerz der betroffenen Missionare auf uns in Solidarität mit dem Schmerz der indianischen Völker und in der Hoffnung, daß es sich um vorübergehende Vorfälle handelt.

7. Wir appellieren an die zuständigen Behörden, daß sie den Willen der indianischen Völker respektieren, die ja selbst die Gegenwart der Missionare in ihren Gebieten wünschen. Wir erinnern an die Gute Nachricht, die Papst Johannes Paul II. gelegentlich seines Besuchs in Brasilien an die Indianer gerichtet hat: "Daß auch, deren Vorfahren die ersten Bewohner dieses Landes waren und auf das ihr, über Generationen hinweg, ein spezielles Recht habt, daß auch das Recht zuerkannt werde, dieses Land zu bewohnen in Frieden, in Ruhe, ohne Furcht." (Johannes Paul II., Manaus, 10/07/80).

## Priester der Subversion beschuldigt und ausgewiesen

Die Ausweisung von 2 französischen Priestern wirft ein weiteres Licht auf den Konflikt der Kleinbauern gegen die Großgrundbesitzer. Als Hintergrundinformation mag die Aussage des brasil. Landarbeiterverbandes (Contag) vor Augen führen, daß in den letzten Jahren 1 Mill. Kleinbauern von Großgrundbesitzern - die 78% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Brasiliens ihr Eigen nennen - vertrieben worden sind. Hauptkonfliktregion ist der Nordosten Brasiliens und diesmal der Bundesstaat Pará, wo ins Stadtgebiet von Sao Geraldo do Araguaia Anfang September ein Kampfбатаillon entsandt wurde. Sowohl den Großgrundbesitzern als auch den Campesinos wurde versucht ihre Waffen zu konfiszieren, was dann zu 1600 beschlagnahmten Waffen führte. Vorausgegangen war dem Eingreifen des Militärs ein Schußwechsel mitte August, bei dem ein Latifundienangestellter getötet und mehrere Polizisten verletzt wurden. Und genau zu diesem Aufbegehren der Campesinos sollen die französischen Missionare Aristide Camin und Francois Gouriou aufgerufen haben.

Nicht neu ist die Anschuldigung der kath. Kirche von Seiten der Latifundienbesitzer, Politiker und Militärs, daß engagierte Geistliche die Campesinos zur Selbsthilfe aufrufen und sie darin bestärken brachliegendes Land für ihren kargen Lebensunterhalt zu nutzen. Nicht selten herrscht dann in der Abgeschiedenheit des Amazonas-Hinterlandes das Recht des Stärkeren. So ist es kein Einzelfall, daß dem Kleinbauern, der vielleicht seit Generationen auf seiner Pazelle gerade das Nötigste zum Überleben erwirtschaftet, plötzlich ein Besitztitel unter die Nase gehalten wird. Ob recht- oder unrechtmäßig, der Kleinbauer wird jedenfalls unmißverständlich von einer Bande Pistoleros aufgefordert zu verschwinden, Öffentliche Stellen dulden diese Wild-West-Methode und ergreifen meist Partei zugunsten der Großgrundbesitzer bzw. der Agrarkonzerne.

Einem Vorwurf der Parteinahme gerecht wurde Ende Juli der deutschstämmige Bischof von Dourados, Theodardo Leitz, der in einem Nachruf für den ermordeten Landarbeiter-Anwalt Neves erklärte, anstelle des Anwalts werde die Kirche ihre Stimme immer lauter erheben, um die Armen und Entrechteten zu verteidigen.

Rückendeckung, in ihrer Art und Weise das Evangelium zu predigen, erhält der fortschrittliche Teil des brasilianischen Klerus mit Sicherheit von der neuen Papst-Enzyklika "Laborem exercens". Papst Johannes Paul II erklärte sich im September, wie er den Mensch im Verhältnis zur Arbeit und zum Kapital sieht. Es ist die Rede vom Privateigentum, das in sozialer Beziehung zur Gesellschaft stehen soll; das harte Schicksal von Millionen Landarbeitern wird erwähnt, die Notwendigkeit einer staatlichen Wohlfahrt und das Recht des Arbeiters auf eine angemessene Entlohnung, sowie sein Streikrecht. Angeprangert wird der "starre Kapitalismus", der schließlich im größten kath. Land der Erde die Priester, die täglich mit dem Elend der Armen konfrontiert sind, dazu treibt, sich eindeutig auf die Seite der Besitzlosen zu stellen. Es ist endgültig passé, demütige Ergebenheit in das notleidende Diesseits zu predigen und dagegen die Seligkeit des Jenseits anzupreisen. Dafür gerät die kritische Kirche in die Ecke derer, denen man "kommunistische Subversion" anlastet. Und das es dann nicht nur bei Ausweisungen bleibt, ist hinlänglich bekannt.

## Revision des Urteils gegen Lula

10 brasilianische Gewerkschaftler und ihr Sprecher Luis Ignacio da Silva, genannt Lula, sind im Februar 1980 auf Anordnung der Militärregierung ihrer Gewerkschaftsfunktionen enthoben und anschließend inhaftiert worden. Die richterliche Entscheidung, bei der bis zu 3<sup>1/2</sup> Jahren, z.B. für Lula ausgeteilt wurden, fand in erster Instanz einmal unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und unter protesthafter Abwesenheit der Verteidigung und der Angeklagten bei der Verkündung des Urteils. Am 3. September annullierte das Oberste Militärgericht in Brasília das Urteil, offensichtlich wegen oben genannten Verfahrensfehlern. Bleibt zu hoffen, daß bei der anstehenden Revisionsverhandlung die Öffentlichkeit ihren entsprechenden Anteil am Prozeßgeschehen nehmen kann.

Selbst während der bisherigen Haftzeit konnte Lula Einfluß nehmen auf die Gewerkschaftsbewegung. Sein - von der Regierung als Nachfolger eingesetzter Freund Monteiro - nahm Abstand von einem zunächst regierungskonformen Abkommen über die Zustimmung zur Kurzarbeit. Daraufhin stimmte die Belegschaft der Automobilindustrie in einer Wahl mit 68% gegen das Kurzarbeitsabkommen.

# BOLIVIEN

## Das Präsidentschaftskarussell dreht sich weiter

Trotz schärfster Repression gegen jegliche Opposition und Korruption seiner Waffenbrüder mit den reichlich fliessenden Kokain-Dollars gelang es Garcia Meza nicht, sich länger als ein Jahr und zwei Wochen auf dem erputschten Präsidentsitz zu halten. Die internationale wirtschaftliche und diplomatische Blockade, auf Grund der allzu engen Verflechtung mit der Kokain-Mafia, brachte die bolivianische Wirtschaft an den Rand des Ruins. Dadurch gelang es Garcia Meza auch nicht, wie Banzer einige Jahre zuvor dank des Ölbooms, die Unterstützung der sonst stets putschfreudigen Bourgeoisie zu erhalten, abgesehen von der mächtigen Kokain-Mafia. Dadurch steigerte sich aber auch der stets umstrittene Führungsanspruch Garcia Mezas und der Zersetzungsprozess innerhalb der Militärs ins Unkontrollierbare. Erster Höhepunkt dieser Entwicklung waren die Ereignisse Anfang August in Santa Cruz, und schliesslich Garcia Mezas Verdrängung aus der Öffentlichkeit.

### *Garcia Meza verliert die Kontrolle über das Militär*

Unter dem Druck der sich häufenden Putschdrohungen war Garcia Meza Ende Mai gezwungen, seinen Rücktritt bis zum 6. August (Nationalfeiertag) anzubieten. Bereits Mitte Juli zeigte Garcia Meza jedoch keine Bereitschaft mehr dazu. Im Gegenteil, ermutigt durch die Uneinigkeit der Militärs über seinen Nachfolger, präsidierte er sich erneut als den starken Mann an. Zwei Tage vor dem Jahrestag des Putsches quoll das Land über vor Putschgerüchten. Es schien, als wolle man den Putsch herbeireden. Diese letzten Wochen Garcia Mezas waren gekennzeichnet durch zunehmende Repression einerseits, und plumpe Versprechungen und Propaganda um Unterstützung durch die Bevölkerung andererseits.

### *Rebellion der Militärs in Santa Cruz*

Am 3. August begann der vierte Putschversuch innerhalb weniger Monate. Angeführt wurde die Rebellion von den Generälen Natusch Busch und Lucio Añez. In ihren Communiqués riefen sie auf gegen die "Regierung der nationalen Schande" Garcia Mezas und zur Bildung einer "Regierung nationaler Einheit und Würde". Die aufständischen Generäle wurden von breiten Kreisen der Militärs unterstützt. Die im Untergrund operierende Gewerkschaftszentrale COB rief auf zum Generalstreik bis zu Garcia Mezas Sturz. Die Führung des im Vorjahr erfolgreichsten Wahlbündnisses UDP erklärte ebenfalls ihre Unterstützung für eine "Militärregierung demokratischer Prägung". Sowohl die militärische, als auch die zivile Opposition schloss sich zusammen gegen Garcia Meza und stellte sich auf die Seite der Rebellion von Santa Cruz. Obwohl das dabei gegründete "Revolutionäre Kommando" von der Rückkehr zur Demokratie sprach, wurde von Anfang an der institutionelle Charakter der Bewegung der Militärs betont. Abgesehen von verbalen und passiven Unterstützungsaktionen kam es nur in Santa Cruz zu einer aktiven Beteiligung der Bevölkerung. Durch diese Selbstbegrenzung der Aufständischen war der Militärführung denn auch die Möglichkeit gegeben, die Bewegung zu manipulieren und zu neutralisieren.

Bereits zwei Tage nach Beginn des Aufstandes wurde der Rücktritt Garcia Mezas erzwungen. Die Militärführung, die sich zur regierenden Junta ernannt hatte, trat unter Vermittlung der Kirche mit den Meuterern in Kontakt. Als Unterhändler des "Revolutionären Kommandos" traf Natusch Busch in La Paz ein. Am 9. August erklärte Natusch Busch der Presse, dass ein Übereinkommen ausgehandelt wur-

de, um ein unnötiges Blutvergiessen unter Bolivianern zu verhindern und um die institutionelle Einheit der Militärs wieder herzustellen. Ob Natusch von der Junta gekauft wurde oder keine andere Möglichkeit sah, als sich dem sicherlich massiven Druck der zu allem entschlossenen Junta unterzuordnen, ist unklar. Klar war jedoch, dass er im Namen der Aufständischen Vereinbarungen getroffen hatte, die weit hinter den ursprünglichen Forderungen zurückblieben. Während Natusch danach seinen Rückzug aus den politischen Leben ankündigte, sprach das "Revolutionäre Kommando" in Santa Cruz ihm Repräsentativität ab und beschloss, weiterzumachen, bis die Junta sich gemeinsam mit ihnen auf einen Präsidenten einigen würde. Unter den Drohungen der Junta wurden die Forderungen aus Santa Cruz immer schwächer, und schlussendlich schien sich die Auseinandersetzung auf die Wiedereingliederung der Rebellen in das Militär reduziert zu haben.

### *1. Kompromißformel: die Militärjunta*

Als letzte Amtshandlung vereidigte Garcia Meza am 5. August die von ihm ernannte Militärführung zur regierenden Junta. Es war offensichtlich, dass der Kurs der vorherigen Regierung auch ohne Garcia Meza weitergeführt werden sollte. Die Junta bezeichnete sich selbst zwar als "Übergangsregierung", während sie sich auf unbegrenzte Zeit an der Macht zu installieren versuchte. Die abwechslungsreiche starken Sprüche, leeren Versprechungen und abstrakten Absichtserklärungen der Junta vermochten selbst unter Einsatz des Repressionsapparates die benötigte politische Stabilität nicht zu erzeugen.

Bereits 10 Tage nach Amtsantritt der Junta vermehrten sich erneut die Putschgerüchte. Gemäss einer brasilianischen Zeitung bereitete ihn der rechtsextreme Cnl. Arce Gomez, berüchtigt durch seine Brutalität als Innenminister und seine Verwicklung im Kokain-Geschäft, zusammen mit den von ihm organisierten Paramilitärs, vor.

Weitere Skandale der neuen Machthaber wurden bekannt. So beispielsweise, dass Mitte August eine grössere Menge beschlagnahmter Kokain-Dollars aus der Zentralbank verschwunden waren. Auch der Ex-Diktator General Banzer wurde in Interviews und Communiqués mit seinen Machtansprüchen immer deutlicher. General Añez, der Anführer der Rebellion von Santa Cruz, und selbst der von Garcia Meza erfundene "Nationalrat" (Conal), sowie Unternehmerverbände und Presse verstärkten ihre Forderung nach der Wahl eines einzigen Präsidenten. Die Beweggründe all dieser sehr aktiv intrigierenden Sektoren und Personen lassen sich kaum in einem eventuellen Respekt der demokratischen Rechte des Volkes finden. Tatsache ist vielmehr, dass sich die USA durch diese erste Kompromissformel nicht davon überzeugen liessen, ihre Beziehungen zu Bolivien nach beinahe einem Jahr Unterbrechung wieder zu normalisieren. Die Junta erfüllte ebenso wenig die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds, obwohl sie bereit war, alle "Empfehlungen" zu erfüllen. Grund dieser ablehnenden Haltung war auch nicht der Plan der Junta, die vorherige Linie beizubehalten, sondern vielmehr die Tatsache, dass mit dem Triumvirat der Generäle um die Präsidentschaft nicht beendet werden konnte. Um die persönlichen Aspirationen und Fraktionskämpfe innerhalb der Militärs wieder in kontrollierbarem Rahmen halten zu können, und somit die vom IWF, USA und bolivianischen Unternehmern geforderte politische Stabilität erreichen zu können, musste also ein klarer Entscheid zu Garcia Mezas Nachfolgerschaft getroffen werden.

### *2. Kompromißformel: die Wahl des Generals Torrelíos*

Als vorläufiger Kompromiss der zähen Intrigen und Verhandlungen der militärischen Hierarchie wurde am 3. September General Celso Torrelío Villa zum neuen Präsidenten ernannt. General Torrelío war vor Garcia Mezas Putsch kaum bekannt. Als loyaler Gefolgsmann des Ex-Diktators kam er während den vergangenen Monaten sehr schnell zur Militärspitze empor und gehörte der Junta als Vertreter der Streitkräfte an.

General Bernal, der einzige, der sich seit dem Putsch letzten Jahres oben halten konnte, galt als der "starke Mann" der Junta. Durch Enthüllungen der New York Times wurde er beim Wettlauf um die Präsidentschaft empfindlich geschwächt. In diesem Artikel wurde Bernal beschuldigt, wöchentlich 100.000 US Dollars von der Kokain-Mafia erhalten zu haben, um den Schmuggel nicht auffliegen zu lassen. Die nordamerikanische Zeitung erinnerte ebenso daran, dass der Vertreter der Marine in der Junta, Konteradmiral Pammo, schon während früheren Regierungsfunktionen in verschiedene Korruptionsskandale verwickelt gewesen war. Es war klar, dass diese Enthüllungen nicht zufällig waren, sondern die Ablehnung der USA gegenüber diesen beiden Militärs als Präsidentschaftskandidaten zum Ausdruck brachten. Ihre persönlichen Ansprüche fanden somit in keinem Sektor der Militärs oder der Bourgeoisie die erforderliche Unterstützung.

Obwohl der Ex-Diktator Banzer offensichtlich das Wohlwollen des State Departments genoss, existierte innerhalb der Militärspitze zuviel Widerstand gegen seine Wiederwahl. Um sich von Garcia Meza zu distanzieren und sich selbst als "Retter" zu profilieren, hatte er für den Geschmack der ranghohen Militärs wohl zu starke Attacken gegen sie geführt und sich somit ihre Unterstützung verscherzt.

Da die Wahl eines aussenstehenden Unbekannten die Machtansprüche ebenfalls nicht eindeutig geklärt hätte, blieb also General Torrelio als Kandidat. Dieser gilt zwar nicht als besonders klug, ist jedoch relativ clean. Er schien weder direkte Verbindungen zur Kokain-Mafia zu haben, noch war er in spektakuläre Skandale verwickelt gewesen. Gleichzeitig schien die Kokain-Mafia ihn auch nicht als zu grosse Gefährdung einzuschätzen, so dass sie sich nicht gegen seine Wahl stellte.

Die anfänglichen Hoffnungen einiger Teile der zivilen Opposition auf mehr Demokratie wurden bald gedämpft. Der neue Machthaber liess trotz beschwichtigender Versprechungen an die Presse keine Zweifel aufkommen, dass er einen radikalen Rechtskurs weiterverfolgen wird. Sein Plan ist, für die nächsten 3 Jahre das Land hin zur politischen Mündigkeit zu führen. Dazu verordnete er dem bolivianischen Volk beispielsweise Kommunalwahlen als demokratischen Nachhilfeunterricht. Gemäss neuen Erklärungen stellt General Torrelio die Aufhebung des Ausnahmezustandes sowie der staatlichen Informationskette der Radiosender in Aussicht. Die Forderungen der Gewerkschaften nach Legalisierung ihrer Aktivitäten wurden jedoch entschieden zurückgewiesen.

Torrelios Regierungsprogramm umfasst hauptsächlich die Bekämpfung des Rauschgifthandels, die Normalisierung der internationalen Beziehungen, sowie Massnahmen zur Reaktivierung der Wirtschaft. Wer nach dem Amtsantritt Torrelios mit einer schnellen Anerkennung durch die USA gerechnet hatte, wurde ebenfalls enttäuscht. Die USA machen die Normalisierung der Beziehungen abhängig von einem effektiven Plan der Regierung gegen den Rauschgifthandel.

Auf politischer Ebene bewies die neue Regierung bereits, dass Oppositionelle auch in Zukunft verfolgt werden. Der von Oberst Arce Gomez aufgebaute SES (Politische Militärpolizei) soll nun zwar auf Druck der öffentlichen Meinung aufgelöst werden, in Wirklichkeit jedoch mit neuem Namen weiterexistieren, da er selbst von der Regierung nicht mehr kontrollierbar ist. Im Unterschied zur vorherigen Diktatur scheint den neuen Machthabern jedoch das Modell einer selektiveren und gemässigten Repression zur Absicherung ihrer Herrschaft geeigneter, sowohl um die Situation im Lande nicht unnötig zuzuspitzen, als auch um die dringend benötigte Imageverbesserung des Landes auf internationaler Ebene nicht zu behindern.

Ob sich der neue Präsident General Torrelio wird halten können oder nicht, hängt jedoch in erster Linie von seiner Fähigkeit ab, die Wirtschaftskrise unter Kontrolle zu bekommen.

## Die Wirtschaftslage: am Rand des Ruins

Die Wirtschaft Boliviens entwickelte sich während der letzten Monaten so katastrophal, dass selbst die Regierung zugeben musste, dass sich das Land am Rande des Bankrotts befindet. Gemäss Pressemeldungen von Mitte August setzte der bolivianische Staat Schecks im Wert von über 7 Millionen US-Dollars in Umlauf, die nicht gedeckt waren. Die Wachstumsrate des Internen Bruttoerzeugnisses sank im Vorjahr auf 0.9% und wird für das laufende Jahr noch tiefer geschätzt. 1976 betrug dieselbe Rate vergleichsweise noch 6.8%. Alle produktiven Sektoren erlitten während der letzten Monate drastische Rückgänge, so der Bergbau um 8% beispielsweise, und die Textilindustrie um 12%. Nur der Finanzsektor und der Handel konnten einen Aufschwung registrieren, womit sich das strukturelle Ungleichgewicht zwischen produktivem und tertiärem Sektor noch weiter zuspitzte. Der "Fortschritt" des Finanz- und Handelssektors steht in direktem Zusammenhang mit den Geschäften der Kokain-Mafia. Ohne deren blühenden Geschäfte wäre die bolivianische Wirtschaft vielleicht schon ganz zusammengeklappt.

Während die Löhne nach Garcia Mezas Putsch eingefroren wurden, betrug die Inflationsrate im Vorjahr bereits 43%. Die Inflationsrate des laufenden Jahres wird sogar auf 60% geschätzt! Oder weniger technisch ausgedrückt: die Kaufkraft der stets kaum am Rande des Existenzminimums liegenden Löhne der bolivianischen Arbeiter ist auf weniger als die Hälfte gesunken.

Die Auslandsschuld Boliviens kletterte währenddessen, trotz der Schwierigkeiten, an Kredite zu kommen, auf rund 3.7 Milliarden US-Dollars. Alleine für das 1. Halbjahr sollte Bolivien 180 Millionen US-Dollars an Verbindlichkeiten für Kredite bezahlen.

Die Kommission des Internationalen Währungsfonds, die La Paz im September besuchte, empfahl zur Sanierung der Wirtschaft folgende Massnahmen: Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, Förderung der Spartätigkeit und Werbung um ausländisches Kapital. Abhängig von der Effektivität dieser Massnahmen und der Stabilisierung der politischen Situation, stellte der IWF dabei einen Stand-by Kredit über 205 Millionen US-Dollars in Aussicht, um die bis 1982 anfallenden Verbindlichkeiten begleichen zu können.

Obwohl der neue Finanzminister Oberst Alcoreza eine weitere Abwertung des Peso dementierte, wächst die Spekulation mit Dollars. Da die kurz vor Garcia Mezas Sturz eingeführte Devisenkontrolle wieder aufgehoben werden soll, wird der Wechselkurs zum Dollar de facto in die Höhe schnellen. Auf dem Schwarzmarkt kostet der Dollar zur Zeit zwischen 30 und 37 Pesos, anstatt der offiziellen 25.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die geplanten Wirtschaftsmassnahmen der neuen Regierung wenig überzeugend erscheinen. Abgesehen von "Sparprogrammen" hoffen die neuen Machthaber ebenso wie alle ihre Vorgänger in erster Linie auf eine Rettung durch weitere Verschuldung des Landes. Sollten die USA tatsächlich eine wirksame Bekämpfung der Kokain-Mafia erreichen, so wird sich der Bedarf Boliviens an ausländischem Kapital um ein weiteres verstärken, denn der Umsatz dieser inzwischen wichtigsten Branche der Nationalwirtschaft wird auf jährlich beinahe 2 Milliarden geschätzt, mehr als zweimal soviel wie der Wert der gesamten übrigen Ausfuhr zusammen.

## Die Opposition

Die auffallendste Tatsache der letzten Ereignisse ist, dass all die Beschlüsse und Wechsel in der bolivianischen Politik total über die Köpfe der Bevölkerung hinweg getroffen wurden. Weder Garcia Meza, noch die Junta, noch der jetzige

präsident vermochten sich eine zivile Basis aufzubauen. Aber offensichtlich war es ihnen gelungen, das Volk von politischen Entscheidungen zu marginalisieren.

Obwohl die Parteien ihre Aktivitäten während der letzten Wochen sehr stark intensivierten, gelang es ihnen kaum, bei den jüngsten Ereignissen mitzumischen. Vorallem die UDP, die bei den letzten Wahlen vor dem Putsch die relative Mehrheit erreicht hatte, tat sich dabei hervor. Da für sie der Sturz Garcia Mezas unumgängliche Voraussetzung war, um weitere Freiräume zu erobern, unterstützten sie zumindest verbal vorbehaltlos die Rebellion der Militärs in Santa Cruz. Der MIR, eines der wichtigsten Mitglieder der UDP, propagierte ein "Nationales Abkommen" als taktische Lösung, also Beteiligung an einer Militär-Zivil-Regierung. Auch wenn diese Politik in der unbestrittenen Notwendigkeit wurzelte, sich von den Militärs nicht abseits drängen zu lassen, wurde diese Haltung von vielen Teilen der Bevölkerung als opportunistisch und wenig glaubwürdig empfunden. Die Erklärungen des Vize-Präsidentenskandidaten der UDP, Jaime Paz Zamora, in denen er von dem Patriotismus und der Ehrenhaftigkeit General Natusch Buschs, einem der Anführer der Rebellion von Santa Cruz, redete, waren bereits peinlich. Denn trotz seiner späteren Selbstkritik hatte niemand Natuschs Putsch im November 1979 vergessen, der während seiner zwei-wöchigen Dauer mehr als 300 Menschen das Leben gekostet hatte, und der die Garcia Meza-Clique an die notwendige Machtposition gebracht hatte, um einige Monate später putschen zu können.

Auch die Rolle der Kirche hatte in breiten Teilen der Bevölkerung Enttäuschung produziert. Nachdem sich vor allem die katholische Kirche sehr mutig für den Demokratisierungsprozess und gegen die Putschisten eingesetzt hatte, bezog sie bei den Vermittlungen zwischen den rebellierenden Militärs und der Militärjunta eine sehr zwiespältige Position. Die Kirchenführer begnügen sich damit, die streitenden Teile an einen Tisch zu bringen und immer wieder gegen ein mögliches Blutvergießen aufzurufen. Die Interessen des Volkes und seine Forderung nach demokratischen Freiheiten wurden dabei überhaupt nicht vertreten, die Kirchenführung agierte ausschliesslich als Vermittler der Militärs.

### Die Gewerkschaftsbewegung

Auch der mächtige Dachgewerkschaftsverband COB, der sich nach dem Putsch im Untergrund reorganisiert hatte, konnte sich von den Ereignissen, die von Garcia Mezas Sturz zu Torrellos Wahl führten, nicht abseits halten. Obwohl auch sie mit den aufständischen Militärs sympathisierten, formulierten sie im Unterschied zur UDP ihre Positionen vorsichtiger und eindeutiger, in dem sie sich ausdrücklich von jeglichem Putsch und Militärregierung distanzieren. Noch am ersten Tag der Rebellion von Santa Cruz beschloss die COB, den unbefristeten Generalstreik zu verkünden. Die Forderungen der COB waren in zehn Punkten zusammengefasst und bezogen sich hauptsächlich auf demokratische und gewerkschaftliche Freiheiten, Generalamnestie und Lohnanpassung. Da der Streik in dieser verworrenen Situation nicht im ganzen Lande durchgesetzt werden konnte, hob die COB ihn bereits am 9. August wieder auf und verhängte statt dessen den Notstand. Auch wenn diese Aktion der COB nicht sehr erfolgreich verlaufen war, ist schon alleine die Tatsache ermutigend, dass sie trotz Illegalität und Verfolgung sich erneut als einheitliches Sprachrohr des bolivianischen Volkes beweist und sich der reaktionären Macht der Militärs wieder als institutionelle Gegenmacht des Volkes entgegenentwickelt.

## CHILE

### Papst-Enzyklika und Arbeiterrechte in Chile

Der Erzbischof von Santiago, Raúl Kardinal Silva Henríquez, hatte seit seinem spektakulären Interview, das er im April der italienischen Nachrichtenagentur ANSA gab und in dem er das Wirtschaftsmodell der Chicago-Boys in Chile scharf kritisierte, öffentlich geschwiegen.

Jetzt gab ihm die jüngste Papst-Enzyklika ('LABOREM EXERCENS') Anlaß und Gelegenheit, sich erneut kritisch zu Wort zu melden. Auf einer Pressekonferenz empfahl der Kardinal insbesondere den chilenischen Unternehmern und anderen Autoritäten, die Enzyklika Johannes Pauls II. aufmerksam zu lesen. Für Chile träfe nämlich weitgehend das zu, was der Papst in seinem Rundschreiben den "Mißbrauch der Arbeiter durch die Kapitaleigner" nennt - eine eher vorsichtige Umschreibung der Ausbeutung.

Der Kardinal nutzte die Gelegenheit, um auf die Situation der Gewerkschaften in Chile hinzuweisen. Unter Anspielung auf die beiden noch immer inhaftierten Vorsitzenden der Nationalen Gewerkschaftsorganisation (CNS), Manuel Bustos und Alamiro Guzmán (s. LN Nr. 96), gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich "dieses für Chile so schmerzliche Problem bald regeln" lasse.

Der ganze Vorgang ist nicht ohne Pikanterie: Kenner des Vatikans und des Papstes Johannes Paul II. behaupten nämlich, daß die jüngste Enzyklika vor all den Dingen zur moralischen Unterstützung der polnischen Gewerkschaft SOLIDARNOC geschrieben worden sei. Die regimetreuen Zeitungen in Chile, allen voran der MERCURIO, berichten seit den Danziger Streiks im August 1980 mit unverhohlener Sympathie für Lech Walensa über die Ereignisse in Polen, ohne daß sie bisher auf den Gedanken gekommen wären, daß die Gewerkschaften im kapitalistischen Chile eigentlich sehr viel weniger Rechte beanspruchen können als im sozialistischen Polen.

Die Hauptaussagen des Papst-Rundschreibens LABOREM EXERCENS beschäftigen sich mit dem Recht der Arbeiter auf autonome, d.h. von der staatlichen Macht und den politischen Parteien unabhängige Gewerkschaften, mit dem Streikrecht, dem Recht auf Tarifverhandlungen und der Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe. Das alles sind Rechte, die im heutigen Chile für die Arbeiter entweder überhaupt nicht oder nur sehr eingeschränkt existieren!

So verschafft denn die Papst-Enzyklika dem Kardinal von Santiago und anderen Kritikern des chilenischen 'Modells' eine unerwartete (und von Karel Woytyla vielleicht gar nicht beabsichtigte) Schützenhilfe in ihrer Argumentation gegen die Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärs.

Im Anschluß an die Äußerungen des Kardinals verglich die den Christdemokraten nahestehende Zeitschrift HOY die wichtigsten Forderungen der Enzyklika mit der Realität der Arbeiter in Chile. Das Ergebnis fiel so niederschmetternd aus, daß es die Verantwortlichen in den Redaktionen noch nachträglich reuen dürfte, jemals auch nur eine einzige Zeile über die Erfolge der polnischen Arbeiter seit den Streiks von Danzig berichtet zu haben.

## Guerillafocus

Der Versuch, den bewaffneten Kampf gegen die Diktatur vorzubereiten, hat den MIR im September schwere Opfer gekostet -in

bewaffneten Zusammenstößen starben 7 Genossen.

Die Aufgabe der Gruppe ist es, die Landarbeiter im Süden Chiles für den bewaffneten Widerstand zu gewinnen und darauf vorzubereiten. Erste Meldungen über die Existenz der Guerilla in der Gegend von Neltume - auf der Höhe Valdivias nahe der argentinischen Grenze - erschienen Ende Juli: damals wurden verlassene Lager entdeckt. In einer Erklärung des MIR heißt es, daß die Gruppe bereits seit einem Jahr in der Gegend tätig gewesen sei. Die Gefallenen waren aus dem Exil nach Chile zurückgekehrt. Über die Gesamtstärke der Gruppe werden verständlicherweise keine Informationen bekannt: aber auch die offizielle Version der Diktatur behauptet nicht, die Gruppe sei aufgerieben worden. Trotz intensiver Suche war es den Anti-Guerilla-Einheiten bis September nicht gelungen, die Gruppe zu stellen: dann allerdings kam es zwischen dem 13. und 21. September fast täglich zu Zusammenstößen, bei denen nacheinander die 7 fielen.

### Kriegsgerichtsprozeß

Schon vor diesem Schlag gegen den bewaffneten Widerstand hatte die Diktatur geplant, ein Exempel zu statuieren, und zwar durch einen Prozeß vor einem KRIEGSGERICHT in KRIEGSzeiten. Opfer ist Guillermo Rodriguez, ein früherer Architekturstudent, auch er aus dem Exil zurückgekehrt. Er wird beschuldigt, einen Geheimdienstagenten getötet zu haben.

Der Prozeß, zunächst für den 23. September angesetzt, wurde auf den 9. Oktober verschoben, weil angeblich die Militärischen Beisitzer nicht so schnell zum Prozeß herangeflogen werden konnten. Über den Ausgang des Prozesses haben wir noch keine Information, aber die bekannt gewordenen Umstände zeigen deutlich die Merkmale eines Justizverbrechens.

1. Die Diktatur besteht auf dem Bild, in Chile herrsche absoluter Friede. Trotzdem soll der Prozeß vor einem Kriegsgericht nach den verschärften Modalitäten für KRIEGSzeiten durchgeführt werden. Grundlage dafür ist ein "Anti-Terror-Gesetz" vom März dieses Jahres.

2. Zunächst gab es drei Beschuldigte. Einer war elf, zwei waren zwanzig Tage in den Folterzentren des Geheimdienstes CNI. Alle drei gestanden, vierzig Verbrechen verübt zu haben: Mord und Mordanschlag, Sprengstoff- und Brandattentate, Banküberfälle. Als ihre Angehörigen sie besuchen konnten, litten die noch unter den Folgen der Folterungen. Guillermo Rodriguez war nicht in der Lage, mit seiner Frau ein Gespräch zu führen. Er hat schwere Knochenbrüche... Dafür liegt er in einer Strafzelle, und die Verletzungen sind angeblich Folgen einer Schlägerei unter Häftlingen.

Trotz des Rundumgeständnisses, dessen Inhalt die Medien veröffentlichten, wurde ein Angeklagter vom Ermittlungsrichter freigelassen - als unschuldig. Der zweite Angeklagte, Adalberto Munoz, wird einen gesonderten Prozeß bekommen - vor einem Kriegsgericht in FRIEDENSzeiten.

Eugenio Pizarro bat zwei Tage, nachdem er freigelassen wurde, um Polizeischutz, weil er von Geheimagenten beschattet und telefo-

nisch bedroht wird.

3. Vor dem Prozeß gab der Brigadegeneral, der dem Gericht vorsitzt, ein Presseinterview. Natürlich, beteuerte er, werde alles seinen rechtsstaatlichen Gang nehmen. Selbstverständlich werde erst im Verlauf des Prozesses über die Schuld entschieden, selbstverständlich stehe das Urteil vorher noch nicht fest.

Im folgenden wörtlich aus dem Mercurio-Interview vom 20.9.

Interviewer: Einige glauben, daß das Urteil...

Antwort: ...schon feststeht? vervollständigt er die Frage.

-Ja, General.

-So ist das nicht. Die Strafen stehen noch nicht fest.

-Sie werden kein Todesurteil fällen?

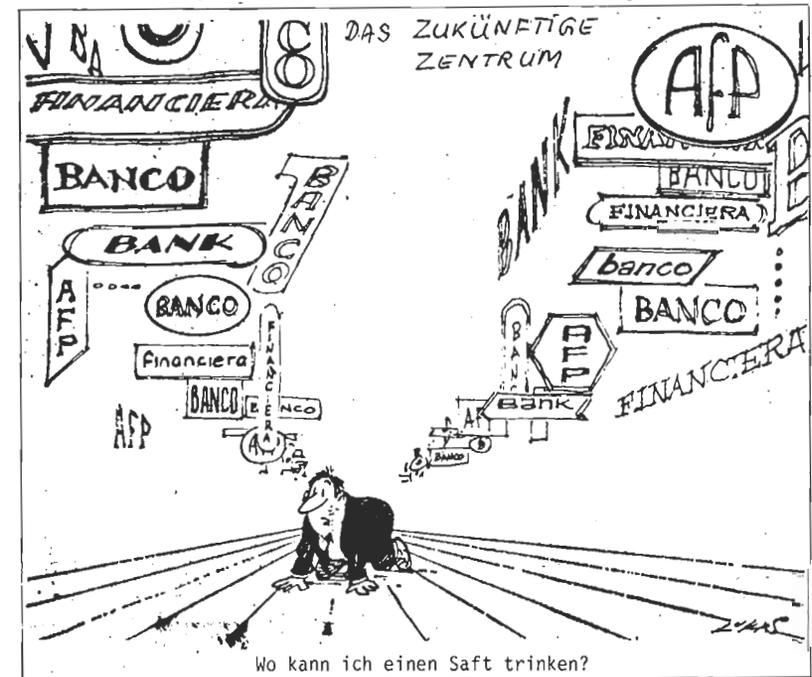
-Nein. Keine Todesstrafe.

-Ich nehme auf Band, General.

-Um ein Todesurteil zu fällen, müßten erschwerende Umstände hinzukommen. Aber in Wahrheit weiß ich es nicht, ich kann jetzt noch nicht sagen, was mein Urteil sein wird, während das Kriegsgericht noch nicht begonnen hat zu tagen.

## Kampf um Häuser - hier und anderswo

Der Cartoon, der uns aus Chile erreichte (s. die folgenden Seiten), und die Bilder aus West-Berlin: sie zeigen ein gemeinsames Problem - den Kampf um billigen Wohnraum gegen die Front derer, die hier oder in Ländern der Dritten Welt Wohnraum zum Luxusartikel machen wollen, für die breiten Bevölkerungsschichten unerschwinglich.



VOR 23 JAHREN ENTSTAND  
UNSERE SIEDLUNG.



BAUTEN WIR...



WO SUMPF WAR...



HÄUSER...



SCHULEN, EIN GESUNDHEITS-  
ZENTRUM, EINEN FUßBALLPLATZ  
USW.



DAS WECKTE  
DEN APPETIT DER REICHEN



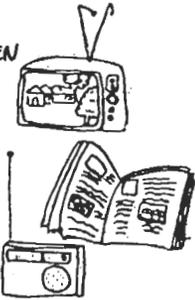
DER BÜRGERMEISTER MÖCHTE UNS JETZT VERJAGEN...



UNSERE ORGANISATION IST STARK UND EINHEITLICH:  
WIR BLEIBEN HIER!!!



WIR WENDEN UNS  
AN DIE  
MASSEN MEDIEN  
UND SIE  
BERICHTEN  
ÜBER UNS.



WIR ARBEITEN  
FÜR UNSERE SIEDLUNG  
UND VERTEIDIGEN SIE!



HELFT UNS BEI DER VERTEIDIGUNG!  
WIR NEHMEN DIE VERTREIBUNG NICHT HIN!



WIR SIND CHILENEN UND UNSERE SIEDLUNG  
IST EIN STÜCKCHEN CHILE!



GEGEN DIE EINHEIT DER BEWOHNER UND  
DIE SOLIDARITÄT ALLER KOMMEN SIE NICHT AN!

Chile hat ein chronisches Defizit an Wohnungen: vor elf Jahren bezifferte die Allende-Regierung das Defizit auf 500.000 Wohnungen, das sie mit einem massiven Wohnbauprogramm beseitigen wollte. Sie tat erste wichtige Schritte, aber nach dem Putsch wurde das staatliche Wohnbauprogramm eingestellt.

Das private Kapital kann und will das Grundbedürfnis nach erschwinglichem Wohnraum nicht befriedigen. So ist das Defizit in Chile inzwischen auf 700.000

Wohnungen gestiegen, während allein in Santiago im August 10.000 unverkäufliche Luxuswohnungen leerstehen.

Zur Tradition in lateinamerikanischen Ländern gehört es, durch Besetzung ungenutzten Terrains das Wohnungsproblem zu lösen: auf eigene Kosten, in eigener, manchmal gemeinsam organisierter Arbeit werden dort Hütten errichtet. So entstand auch die Siedlung "Rebhuhwässerchen", deren Geschichte der Cartoon darstellt. Die selbst-erbauten Häuser sollen abgerissen, das Viertel soll - nach bundesdeutschem Sprachgebrauch - saniert werden: luxussaniert, versteht sich, für die bisherigen Bewohner also unerschwinglich.

Einen anderen Aspekt, die Zerstörung der Stadt unter der ungebrochenen Herrschaft des Kapitals, zeigt die Albtraum-Karikatur aus dem großbürgerlichen MERCURIO.



Militär räumt Häuser

Caracas, 12. Oktober (AFP) Nach mehrtägigen Unruhen in der vergangenen Woche wurde die venezolanische Andenstadt Merida 700 km westlich von Caracas unter Militärkontrolle gestellt. Die Tumultewaren durch Hausbesetzer ausgelöst worden, die aus Protest gegen die Wohnungsknappheit am Mittwoch 200 Neubauwohnungen besetzten. Die Häuser wurden von der Nationalgarde und Militärverbänden geräumt. Danach kam es zu Straßenschlachten, bei denen 12 Personen verletzt und Schäden in Millionenhöhe verursacht wurden. Dutzende wurden verhaftet. Die Behörden beschuldigten linksextreme Gruppen, einen Bürgeraufstand gegen die Regierung geplant zu haben.

## HONDURAS

»...Wir bereiten uns vor, als ob der Krieg morgen begänne«

*Interview mit einem Mitglied der Nationalen Führung der Morazanischen Befreiungsfront von Honduras, FMLH, von: APIA*

An irgendeinem Ort in Honduras, im September 1981

Bis zum 27. März dieses Jahres, als es einem Guerillakommando gelang, einen Jet der hondurensischen Fluggesellschaft SAHSA zu entführen und 15 politische Gefangene salvadorensischer Nationalität aus der Aussicht eines sicheren Todes in den Gefängnissen von Honduras zu befreien, wußte man praktisch nichts über die Existenz bewaffneter revolutionärer Organisationen in diesem Land. Lediglich einige Reisende hatten den Kürzel, auf Steinen entlang der Panamerikanischen Straße aufgemalt, gesehen: FMLH.

Doch nur wenige wußten, daß sich hinter diesen Buchstaben der Bezug auf Francisco Morazan verbirgt, den mittelamerikanischen Bolivar, dem es um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts herur gelungen war, die Völker gegen die feudalen und kolonialistischen Regime der Region zu einigen.

Heute ist es die Morazanistische Befreiungsfront von Honduras, die sich dieser Aufgabe angesichts der wachsenden Regionalisierung der Konflikte in Mittelamerika annimmt, indem sie feststellt, daß Honduras sich immer mehr in einen Stützpunkt für die Interventionspolitik der Vereinigten Staaten verwandelt.

Abgesehen von der notwendigen militärischen Klandestinität, in der die Mitglieder des FMLH, die meisten von ihnen Campesinos, leben, befinden sie sich auch in einer Art politischer Klandestinität, von der aus sie sich auf den Volkskrieg vorbereiten. APIA hat das erste Interview mit "Octavio", einem der Gründer und Führungsmitglied des FMLH, gemacht, der am eigenen Leib die Repression der Campesino- und der Arbeiterbewegung in Honduras erlebt hat.

APIA: Warum ist der FMLH erst vor kurzem gegründet worden, als die politisch-militärischen Organisationen von Nicaragua, El Salvador und Guatemala schon seit vielen Jahren existierten?

FMLH: Wegen der unterschiedlichen Situationen. In Honduras hat es nie eine so hochgradig repressive Regierung gegeben wie in El Salvador oder in Guatemala. 1972 hat man sogar eine Reformpolitik versucht, die im wesentlichen die agroindustrielle Bourgeoisie begünstigen sollte. Diese Faktoren haben dazu beigetragen, daß die Linke keine festen radikalen Positionen bezogen hat. Wir glauben, daß für die Linke hier eine

Tragödie gewesen ist, sich nicht auf schwierige Situationen vorzubereiten. Früher oder später werden die Entscheidungen mit den Waffen gefällt werden. Dem Volk bleibt kein anderer Weg, der Dialog ist durch die Oligarchie verschlossen, und für diesen Moment wollen wir vorbereitet sein.

- APIA: Das kontrastiert ein wenig mit der Tatsache, daß bis jetzt keine größeren Aktionen der Morazanistischen Front bekannt geworden sind. Worauf ist das zurückzuführen?
- FMLH: Wir befinden uns momentan in einer Phase der Kräfteakkumulation, sammeln Mitglieder, achten aber auch auf die Qualität. Wir sind eine politisch-militärische Organisation und glauben, wie einer unserer Bauern gesagt hat, daß, je mehr wir sind, wir sie mit umso mehr Knüppeln schlagen können. Deshalb sind wir an einem zahlenmäßigen Wachstum interessiert. In gewisser Weise haben wir dieses Ziel schon erreicht. Nun müssen wir uns auch anderen Phasen des Kampfes zuwenden wie der militärisch-politischen Ausbildung unserer Leute. In dieser Richtung unternehmen wir ernsthafte Anstrengungen. Mit der Fahne des Generals Francisco Morazán scheinen wir viele Sympathien zu gewinnen. So stellen wir die nationalen Werte in den Dienst der modernen Revolution.
- APIA: Wo habt ihr eure Stützpunkte und wichtigsten Kader?
- FMLH: Wir operieren auf nationaler Ebene, aber unsere hauptsächliche Kraft befindet sich im Norden des Landes.
- APIA: Wie sieht die Organisationsstruktur des FMLH von oben nach unten aus?
- FMLH: Nun, unsere Struktur besteht aus Zellen, aber wir messen auch dem einzelnen Mitglied Bedeutung bei, der nicht in das integriert ist, was wir die Volksbasis nennen. Wir haben eine sogenannte Nationale Führung, ein Kollektivgremium aus vier Compañeros, die für den gesamten militärischen Apparat verantwortlich sind. Dann haben wir die Ebenen der Region, des Departments, der Landkreise (municipios) und der Ortschaften. Auf der Stadtteilebene haben wir noch keine Strukturen, aber die werden wir, den Notwendigkeiten entsprechend, noch schaffen.
- APIA: Die Strukturen erfüllen gleichzeitig militärische und politische Funktionen?
- FMLH: Ja, aber momentan - entsprechend der spezifischen Situation, in der sich Honduras befindet - sind wir im wesentlichen Politiker.
- APIA: Wie steht es um die militärische Kapazität des FMLH?
- FMLH: Wir haben die Kapazität, um drei Guerillazentren im Land aufzumachen, und dafür müssen wir unsere Kader politisch und militärisch ausbilden und sie mit den notwendigen Waffen ausrüsten.
- APIA: Gibt es schon Trainingslager der Guerilla?
- FMLH: Wir sind dabei, konkrete Schritte daraufhin zu unternehmen.
- APIA: Wie beziffert ihr eure numerische Stärke: in Dutzenden, Hunderten oder Tausenden?
- FMLH: In Hunderten, und wenn wir einige Verbindungen zu Freunden mitrechnen, auch darüber hinaus.
- APIA: Wie sieht eure Beziehung zu den Campesino- und Gewerkschafts-



organisationen aus? Arbeitet ihr mit bestehenden Organisationen oder wollt ihr eure eigene Front der Massenorganisationen schaffen?

- FMLH: Bislang arbeiten wir innerhalb der schon existierenden Massenorganisationen. Unsere Mitglieder haben wir auf den mittleren Ebenen in fast allen Campesinoorganisationen. Es gibt auch andere, von denen wir nicht wollen, daß sie mit der Morazanistischen Front in Verbindung gebracht werden. Wir wollen schließlich Organisationen, die wir dabei sind zu entwickeln, nicht auf die schwarze Liste setzen lassen. Auf der anderen Seite meinen wir, daß die Patriotische Front von Honduras gestärkt werden sollte. Wir haben Interesse, in ihr mitzuarbeiten, denn zum gegebenen Zeitpunkt könnte diese Organisation, die die Linke umfaßt, sich in das verwandeln, was in El Salvador die "Coordinadora" oder der "Frente Democrático" sind.
- APIA: Nach allem, was du uns berichtest, lebt ihr derzeit nicht nur in einer militärischen, sondern auch einer politischen Klannestinität. Das heißt, bevor nicht ein bestimmter politischer Moment erreicht ist, wollt ihr euch nicht zu erkennen geben. Wie definiert sich dieser Moment und was wären die Bedingungen, damit ihr in die politische oder militärische Offensive gehen würdet?
- FMLH: Wir müssen sehr genau die Realität dieses Landes beachten: Gegenwärtig werden gerade Wahlen vorbereitet. Oberflächlich gesehen sieht alles normal aus, und das Volk richtet sich auf die Wahlen ein. Von daher glauben wir, daß es nicht klug wäre, mit konkreten Aktionen an die Öffentlichkeit zu treten. Augenblicklich würde das hondurenische Volk das nicht verstehen. Wir müssen darauf warten, daß minimale Bedingungen existieren, um auf intensivere Kampfformen überzugehen.

APIA: Worin beständen diese Mindestbedingungen?

FMLH: Einmal, daß unsere Organisation stark genug ist, um die militärische Aktion zu beginnen. Eine andere wäre es, wenn eine reaktionäre und offen faschistische Regierung an die Macht käme, die anfinde die Arbeitermassen zu unterdrücken. Dann könnten gewisse militärische Aktionen bereits ein gewisses Ansehen bei den Massen schaffen. Sie würden uns nicht beeinträchtigen, im Gegenteil, sie gäben uns die Möglichkeit zu wachsen. Aber in der Realität bleiben wir bislang in einer politisch-militärischen Klandestinität. Wir haben bisher keinerlei Art von Aktion für uns beansprucht, auch wenn wir sicher nicht frei von Sünden sind.

APIA: Was ist eure politische Vorhersage für die kommenden sechs Monate?

FMLH: Es gibt eine Tendenz auf eine verfassungsmäßige Regierung hin. Aber gleichzeitig gibt es Kräfte, die Fäden in Bewegung setzen, um die Wahlen zu verhindern. Selbst wenn es in Honduras einen Staatsstreich geben sollte, wäre er unblutig, denn diese Kräfte haben auch ein Interesse daran, den Schein zu wahren, denn ihre erste Zielscheibe ist weniger das hondurensische als vielmehr das nicaraguanische Volk, und es geht ihnen um die Unterstützung der christdemokratischen Junta in El Salvador. Wenn der Staatsstreich nicht kommt, wird es wohl eine mehr oder weniger flexible Regierung geben, die zur Liberalen Partei tendiert und die möglicherweise einige oberflächliche Reformen in die Wege leiten wird, die sie selbst verschleifen werden. Auf jeden Fall bereiten wir uns vor, als ob der Krieg morgen begänne. Wir wollen nicht, daß sie uns in Unterhosen erwischen.

APIA: Haltet ihr eine Invasion nach Nicaragua in diesen Monaten für möglich?

FMLH: Es ist schwierig, den Zeitpunkt zu bestimmen. Er wird vom internationalen Druck und von der Art abhängen, mit der die sandinistische Regierung ihre Beziehungen zu Honduras gestaltet. Bisher hat sie da viel Geschick gezeigt und den hondurensischen Militärs keinen Vorwand für offenere Zusammenstöße geliefert. Man muß aber immer daran denken, daß diese Leute sich darauf vorbereiten, in Nicaragua einzufallen und daß diese Invasion vor allem daran geknüpft ist, daß die Vereinigten Staaten grünes Licht geben.

APIA: Versucht ihr angesichts dieser Umstände, euch auch mehr mit den revolutionären Organisationen der anderen Länder zu koordinieren?

FMLH: So ist es, wir fürchten jedenfalls die Internationalisierung des Konflikts nicht. Wir meinen, daß die Solidarität sich nicht nur moralisch, sondern auch in konkreten, taktischen Aktionen äußern muß: Wenn es mit dem hondurensischen Heer zu kämpfen gilt, um die nicaraguanische Revolution zu verteidigen, dann müssen wir kämpfen. Und wenn es zu kämpfen gilt, um zu verhindern, daß hondurensische Truppen nach El Salvador gehen, dann sind wir auch dazu bereit.

APIA: Haltet ihr in der derzeitigen Situation einen Volkskrieg in ganz Mittelamerika für möglich?

FMLH: Wir rechnen nicht mit dieser Möglichkeit. Nicaragua hat gezeigt, daß der Sieg in einem einzelnen Land möglich ist.

Manche behaupten, daß in El Salvador der Krieg ganz Mittelamerikas auf dem Spiel steht. Wir glauben, daß das nicht stimmt, sondern daß auch unabhängig von El Salvador Honduras und Guatemala sich befreien können.

APIA: Hält sich der Frente Morazanista für die politisch-militärische Avantgarde der Revolution in Honduras?

FMLH: Nein, wir sind zwar die politisch-militärische Organisation des Landes, aber wir sagen nicht, daß wir die einzige Avantgarde sind. Denn wir wissen, daß man nicht zur Avantgarde dadurch wird, daß man sich so zu nennen beliebt.

APIA: Warum habt ihr vor zwei Jahren die Kommunistische Partei verlassen und den FMLH gegründet?

FMLH: Hauptsächlich, weil wir meinten, daß diese Partei keine Alternative für das hondurensische Volk ist. Wir wollten diejenigen Aufgaben vorantreiben, die wirklich in einen Aufstand in unserem Land münden können. Dann haben wir auch festgestellt, daß es notwendig ist, unsere Nationalhelden wieder hervorzuholen und in den Dienst der modernen Revolution zu stellen. Morazan war die herausragende Figur nicht nur von Honduras, sondern von ganz Mittelamerika, und wir haben gesehen, daß es möglich ist, sein Denken zu aktualisieren.

APIA: Versteht ihr euch als marxistisch-leninistische Bewegung?

FMLH: Nein, wir sind eine Bewegung der nationalen Befreiung. Wir bezeichnen uns nicht als marxistisch-leninistisch, sondern als anti-imperialistisch.

APIA: Was für politische Ziele hat eure Organisation?

FMLH: Unser Ziel ist es, die Macht zu übernehmen. Allerdings glauben wir, daß wir sie nicht allein übernehmen können, sondern nur verbündet mit anderen Kräften, die an Veränderungen in diesem Land interessiert sind. Zumindest unmittelbar zielen wir nicht auf eine Regierung sozialistischen Typus ab. Wir wollen eine Regierung der nationalen Befreiung, die pluralistisch zu sein hat und in der alle Sektoren, die an dem Fortschritt der Nation Interesse haben, teilnehmen müssen. Diese pluralistische Regierung muß über eine breite Unterstützung durch die Massen verfügen und internationale Beziehungen mit allen Regierungen aufnehmen, die in einer oder anderer Form die notwendigen Veränderungen in Lateinamerika unterstützen.

APIA: Sucht ihr auf der internationalen Ebene eher die Unterstützung Kubas, der Sozialdemokratie oder anderer politischer Kräfte?

FMLH: Wir haben nichts gegen Kuba, wir bewundern es. Aber wir identifizieren uns mehr mit den sozialdemokratischen Parteien.

APIA: Und warum mehr mit der Sozialdemokratie als mit den kommunistischen Parteien?

FMLH: Wir sind keine kommunistische Partei und rekrutieren nicht unsere Leute unter der kommunistischen Fahne, sondern unter der Fahne der nationalen Befreiung. Wir sind in diesem Moment in einer Phase der Befreiung, die vor allem die Voraussetzungen dafür schaffen soll, damit unser Land ein hohes Niveau von Fortschritt und Wohlergehen für die Nation und für das hondurensische Volk erreichen kann.

# MEXICO

## Präsident für 1982 - 1988 gewählt

Am 25. September wurde der Präsidentschaftskandidat der regierenden Partei Mexicos gewählt. Das heißt in der Tat, daß der Nachfolger des jetzigen Präsidenten Lopez Portillo ernannt worden ist. Denn so wie das mexikanische politische System seit den vierziger Jahren funktioniert hat, wird es auch diesmal keine bedeutende Konkurrenz zum Kandidaten der Regierungspartei geben. Der Kandidat Miguel de la Madrid Hurtado kann deshalb ganz sicher sein, daß er nach der Präsidentschaftswahl im Juli 1982 die Präsidentschaft Mexicos ab Dezember übernehmen wird.

### *PRI hat das politische Monopol*

Die Regierungspartei PRI, d.h. Partido Revolucionario Institucional oder die Institutionalisierte Revolutionspartei, dominiert nämlich praktisch alle politische Posten und Instanzen im Land, wo sie die absolute Hauptkraft des halbdemokratischen Systems darstellt.

Durch die PRI ist eine gewisse politische Stabilität seit 1936 aufrechterhalten worden. Es ist der Partei gelungen, die Bauern- und Arbeiterbewegungen und später die Mittelklasse durch eine korporative Struktur und eine aggressive, aus der Revolution stammende Ideologie zu integrieren. Es hat in Mexico seitdem keine Systemänderung, Putsche oder starke systemdrohende Bewegung gegeben. Zwar repräsentiert die Partei die Interessen des Volkes von ihrer Struktur und Ideologie her, aber in der praktischen Politik hat sie seit 1940 eher die Interessen des Kapitals vertreten, obwohl das Bürgertum keine direkte Repräsentation in der Partei hat.

### *Es gibt auch eine Opposition*

Deshalb ist die Glaubwürdigkeit der Partei seit Ende der sechziger Jahre erheblich verringert worden. Neben den Oppositionsparteien PAN (Partido de Acción Nacional, die nationale Aktionspartei, rechts) und PPS (Partido Popular Socialista, die sozialistische Volkspartei, links), die beide bloß eine Legitimationsfunktion erfüllt haben, hat eine eigentliche Oppositionsbewegung sich entwickelt.

Der wichtigste Teil dieser Opposition besteht aus den von der PRI unabhängigen Gewerkschaften, die sich als "Tendencia Democrática" (die demokratische Tendenz) organisiert hat, und dessen Treibende Kraft die Elektrizitätsarbeiter lange gewesen sind. Sowohl Bauernbewegungen als Arbeiterbewegungen als auch die radikale Universitätsgewerkschaften nehmen in der Tendencia Democrática Teil.

Im Gegensatz zu den Gewerkschaftstraditionen, die wir in Europa kennen, nimmt Tendencia Democrática an den politischen Auseinandersetzungen Teil und hat eine politische und wirtschaftliche Ent-

wicklungsstrategie für Mexico ausgearbeitet, die nach unserem Maßstab als linkssozialdemokratisch zu bezeichnen ist.

### *Die neue sozialistische Opposition*

Nach den schrittweisen politischen Öffnungen in den siebziger Jahren u.a. der politischen Reform von 1977, die mehrere Parteien erlaubt hat, sind verschiedene kleine Linksparteien aufgetaucht, b.z. sind legalisiert worden. Davon ist die wichtigste die Kommunistische Partei, Partido Comunista Mexicano, PCM.

Es ist nicht überraschend, daß sie die Achse der Koalition von fünf linken Parteien ist, die seit August existiert. Der Zweck der Koalition ist es, einen gemeinsamen sozialistischen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu finden und zu stützen. Um das formal durchführen zu können, müssen sie unter einem gemeinsamen Namen als Partei auftreten. Außer dem PCM sind folgende Gruppen in der Koalition: Partido del Pueblo Mexicano, PPM (Partei des mexikanischen Volkes); Partido Socialista Revolucionario, PSR (Revolutionäre Sozialistische Partei); Movimiento de Acción y Unidad Socialista, MAUS (Sozialistische Aktions- und Einheitsbewegung); Partido Mexicano de los Trabajadores, PMT (Mexikanische Arbeiterpartei).

Obwohl die Koalition seit Mitte September von einigen unabhängigen Gewerkschaften, die sich inzwischen im 'Movimiento de Acción Popular', MAP (Bewegung der Aktion des Volkes) zusammengeschlossen haben, unterstützt wird, ist es unwahrscheinlich, daß hieraus ein echter Konkurrent zu Miguel de la Madrid hervorgehen dürfte. Dafür wird die PRI schon sorgen, wenn nötig auch mit Wahlbetrug.

Die Bedeutung der neuen Koalition in dem Wahlkampf wird eher darin bestehen, die demokratischen Prozesse zu legitimieren und die Arbeit der Oppositionsbewegung in parlamentarische, kontrollierbare Kanäle zu führen, und das ist ganz bestimmt auch im Sinne der PRI. Bestenfalls wird es der neuen Oppositionskoalition gelingen, längerfristig die ausgeprägte politische Apathie bzw. Abstinenz der Bevölkerung zu durchbrechen, wenn es sich zeigt, daß sie als echte Alternative aufzutreten vermag.

### *Wer ist Miguel de la Madrid?*

Inzwischen sammelt sich das Interesse um den Kandidaten der PRI, Miguel de la Madrid, der 47-jährige Planungsminister der jetzigen Regierung. Er hat schon eine lange Karriere in der mexikanischen Bürokratie hinter sich, so war er z.B. bereits Minister für Finanzen. Dadurch hat er sich in den internationalen Finanzkreisen bewegt und hat die Sympathie des "Kapitals" gewonnen. Das mexikanische Bürgertum und die internationalen Finanzkreise sind zufrieden. Als seine Wahl bekannt wurde, sind die Aktienkurse kräftig gestiegen.

### *Die Politik des künftigen Präsidenten*

Miguel de la Madrid ist der Hauptverantwortliche für die Entwicklungsstrategie der Regierung Lopez Portillo. Deshalb sind größere Änderungen kaum zu erwarten. Das bedeutet: eine Wachstumspolitik auf der Grundlage des stark expandierenden staatlichen Erdölsektors. Die Politik wird hauptsächlich den Industriesektor fördern, und das Auslandskapital wird weiterhin eine starke Rolle spielen. Hingegen sind keine größeren sozialen Reformen zu erwarten, obwohl manche meinen, daß die Erdöleinnahmen des Staates zur Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Massen des Landes eingesetzt werden könnten.

Die staatlichen Investitionen werden auch nach 1982 eine große Rolle spielen, besonders im Infrastrukturbereich und in Gebieten, wo das private Kapital keine Rolle spielt. Die Staatsfinanzen sollen verbessert werden durch eine Kürzung der vielen Subsidien an den privaten Sektor, und wie es bereits öfters versucht wurde, durch Steuerreformen. Der Kampf Lopez Portillos gegen die Korruption wird er fortsetzen, sie ist ein riesiges Problem der mexikanischen Verwaltung.

Außenpolitisch zeigen sich liberale und konservative Tendenzen auf der wirtschaftlichen, aber nicht auf der politischen Ebene. Miguel de la Madrid hat die Absicht, die Aufnahme Mexicos in die internationale Freihandelsorganisation GATT zu fördern. Das würde die ausländisch dominierten Industriebranchen zufriedenstellen, die verbesserte Exportmöglichkeiten suchen. Der Eintritt in das GATT würde die eigene Industrie, die sich unter Zollschutz entwickelt hat, in Schwierigkeiten bringen. Folgerichtig wird de la Madrid die Beziehungen zu den USA, die von einer liberaleren mexikanischen Wirtschaftspolitik profitieren werden, intensivieren.

Dagegen wird sich die mexikanische Haltung Kuba und Zentralamerika gegenüber wohl kaum ändern. Die progressive "Dritte Welt"-Rolle Mexicos wird weitergeführt, auch wenn diese Politik garnicht in den Kram der USA passt.

Es ist nicht auszuschließen, daß die neue Opposition gewisse soziale Reformen durchsetzen wird. Aber bis jetzt ist die Wahlkampagne von Miguel de la Madrid eher technokratisch-konservativ geprägt, von der gewöhnlichen PRI-"revolutionären" Rhetorik einmal abgesehen.

Es ist zu befürchten, daß die vorgesehene Wachstumsstrategie nicht in der Lage sein wird, die sozialen Probleme des Landes zu lösen, die sowieso schon eklatanten sozialen Kontraste werden hierdurch mit Sicherheit verstärkt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich gegen diese Politik eine mächtige Opposition herausbilden wird. Ansätze hierzu sind bereits heute garz besonders in den unabhängigen Gewerkschaften zu finden.



## PERU

### Ullao — der Zorn Gottes (und der Multis)

*Peru nach einem Jahr Acción Popular*

Noch im Mai dieses Jahres konnte Manuel Ullao, zugleich Premier- und Wirtschaftsminister der Regierung Belaúnde, sich als strahlender Sieger präsentieren. Er war gerade von der Tagung des Rates der Weltbank zurückgekehrt, wo seine Wirtschaftspolitik der Öffnung des Marktes für die multinationalen Konzerne mit der Vergabe von 'weichen' Krediten honoriert wurde. Es heißt, daß ihm bei den Verhandlungen besonders die Sympathie, die ihm von Englands Margaret Thatcher entgegengebracht wurde, behilflich gewesen sei. Aber schon Mitte August mußte er gemäßigte Töne anschlagen, als er gezwungen wurde, über den Mißbrauch parlamentarischer Macht, die die Regierung sich angeeignet hatte, sowie über seine Wirtschaftspolitik Rede und Antwort zu stehen. Der Superminister konnte zwar gerade noch verhindern, daß er durch einen gemeinsamen Antrag der Parlamentsfraktionen der Linken und der APRA zu einer großen Anfrage vor das Parlament zitiert wurde, welche auch die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums eingeschlossen hätte. Er erklärte kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Parlament, daß er 'von sich aus' kommen und dem Parlament Bericht erstatten wolle. Diesmal war in seiner Rede von Triumphalismus wenig zu spüren. Stattdessen forderte er die Opposition, von der er kurz zuvor nichts hatte wissen wollen, auf, in "konstruktiver Weise" an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten, die natürlich alle von der vorhergehenden Regierung geerbt seien. Der Premier hat Grund zur Sorge. In den anschließenden kritischen Anfragen der linken Parlamentarier wurde das ganze Ausmaß der wirtschaftlichen Krise sichtbar, in der Peru steckt. Ebenso sichtbar wurde, daß die Regierung mit Zahlen in sehr eigenmächtiger Weise umgeht, wenn es darum geht, ihre Verdienste dem peruanischen Volk glaubhaft zu machen.

#### *Situation der Landwirtschaft*

Hatten sich die Angriffe gegen die Politik der Belaúnde-Regierung bisher darauf konzentriert, die fortschreitende Verelendung, die politische Unterdrückung und den Ausverkauf des nationalen Reichtums anzuprangern, so gelang es diesmal den Parlamentariern der Linken, mit detaillierten Zahlen nachzuweisen, daß die Regierung, sogar mit eigenen Zahlen gemessen, dabei ist, Schiffbruch zu erleiden. So erwähnte der Premierminister, gewissermaßen im Vorübergehen, ein Haushaltsdefizit, das "bis Ende des Jahres zwischen 250 und 400 Milliarden Soles (ca. 1,5 - 2,4 Milliarden DM) betragen wird". Dieses Defizit wird einen guten Teil der in den letzten Jahren aufgrund günstiger internationaler Rohstoffpreise angesammelten Devisenreserven verschlingen und außerdem die Inflation noch weiter anheizen. Zur gleichen Zeit wird die Zahlungsbilanz, die in den letzten beiden Jahren mit Überschüssen abschloß, in die roten Zahlen rutschen. Noch im Juli hatte das Nationale Planungsinstitut ein Zahlungsbilanzdefizit von 127 mio. US-Dollar vorhergesagt, eine Voraussage, die der Regierung seit April schon bekannt war. Sie hatte es aber nicht für notwendig befunden, sie dem Parlament in ihrem Bericht vor der Abreise des Premierministers zum Weltbank-Treffen in Paris mitzuteilen. Jetzt wurde aber bekannt, daß die Zentralbank mittlerweile von einem Zahlungsbilanzdefizit von nahezu 800 mio. US-Dollar ausgeht. Auch mit dem Wirtschaftswachstum liegt so manches im Argen. Hatte der dynamische Premierminister zu Anfang des Jahres noch zur Rechtfertigung aller unpopulären Maßnahmen ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 6% jährlich in Aussicht gestellt, so mußte er diese Zahl bereits im Mai auf 5,4% revidieren. Inzwischen liegen Schätzungen von nationalen Statistikbüro vor, die von 4,4% Steigerung ausgehen, sowie andere Schätzungen von 3,1%. Einig sind sich jedoch alle Schätzungen darin, daß das Wachstum fast ausschließlich auf das Konto des Dienstleistungssektors geht und daß der produktive weitgehend stagniert.

Die Konsequenzen aus dieser Misere könnten sehr wohl neue, schwierige Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond werden, der versuchen könnte, die zur Dekkung des Zahlungsbilanzdefizits notwendigen neuen Kredite mit neuen, noch weitergehenden Austeritätsprogrammen zu verbinden. Im letzten Jahr hatte sich zwar der Direktor der Zentralbank noch unbesorgt gegenüber Bedingungen des IWF gezeigt, da "wir ein Wirtschaftsprogramm herausbringen werden, das mit Einschränkungen noch restriktiver ist als die Kriterien des IWF". Aber schon hat sich Linda Koenig, Beraterin des IWF -nach deren Verhandlungen mit der Regierung Morales Bermúdez die Peruaner schon öfter die Gürtel enger schnallen mußten- zu einem neuen Besuch in Peru angesagt. Der Premierminister versicherte zwar dem Parlament, daß es sich nur "um einen Routinebesuch" handle, aber aus Erfahrung ist bekannt, daß der IWF Zahlungsbilanzdefizite gar nicht gerne sieht...

### Schafft die Regierung Arbeitsplätze?

Abgesehen von diesen Auseinandersetzungen, die hauptsächlich den Wirtschaftswissenschaftlern schlaflose Nächte eingebracht haben dürften, bleiben für die Bevölkerung noch die Alltagserfahrungen einer hohen Inflationsrate, eines schwindenden Reallohns und zunehmender Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Die Preissteigerungen von Mai 80 bis Mai 81 betragen 81%, eine Teuerung, die durch die sporadischen Lohnerhöhungen nicht aufgefangen werden konnte. So beträgt seit Amtsantritt der neuen Regierung der reale Verfall der Löhne und Gehälter 15%, ein Arbeiter kann für seinen Lohn nur noch ca. 60% von dem erhalten, was er 1973 kaufen konnte ( und schon damals war es nicht gerade das Paradies auf Erden...). Dazu muß man auch bedenken, daß höchstens 40% der ökonomisch aktiven Bevölkerung von Löhnen und Gehältern lebt, die Mehrzahl also gar nicht einmal in den Genuß dieser völlig unzureichenden Lohnerhöhungen kommt. Die Preiskontrollen für lebensnotwendige Konsumgüter wurden aufgehoben, dafür wurde versprochen, den Bedürftigsten Lebensmittelgutscheine zukommen zu lassen. Leider konnte man sich bisher weder einigen, wann diese Gutscheine ausgegeben werden, noch wer sie genau bekommen soll. Fest steht nur der Betrag, der einer Familie in einem Monat zusteht: 3 000 Soles, umgerechnet etwa 18 DM.

Auch die Beschäftigungslage dürfte sich nicht entscheidend verbessert haben, den Beteuerungen des Präsidenten und seines Premiers zum Trotz. Belaúndes Acción Popular verdankt ihren Wahlsieg 1980 zu einem guten Teil dem Wahlversprechen, innerhalb von 2 Jahren eine Million neuer Arbeitsplätze zu schaffen. Da dieses Wahlversprechen ganz einfach nicht mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen war - und schon gar nicht durch eine Politik, die die multinationalen Konzerne auf Kosten der nationalen Industrie bevorzugt - mußte die Wirklichkeit dem Wahlversprechen angepaßt werden: pünktlich nach einem Jahr Regierungszeit gab der Präsident in seinem Bericht an die Nation die Schaffung von 500 000 Arbeitsplätzen bekannt. Auch der Arbeitsminister hatte kurz zuvor das Erreichen des Ziels von 500 000 neuen Arbeitsplätzen gemeldet - allerdings mit ganz anderen Zahlen als der Präsident. Beiden Erklärungen ist lediglich gemeinsam, daß sie auf Zahlen beruhen, die nicht nachprüfbar sind, und daß sie beide den einfachen Trick benutzen, für jeden 'direkten' Arbeitsplatz, der angeblich geschaffen worden sein soll, 3 'indirekte' zu postulieren, wodurch sich die Zahl der Arbeitsplätze auf bequeme Weise vervierfacht. Darüberhinaus hat die Tatsache Aufsehen erregt, daß ein Teil der Arbeitsplätze durch einen staatlichen Fond geschaffen werden sollte, dessen Richtlinien allerdings beinhalten, daß der auszuzahlende Lohn "nicht weniger als 50% und nicht mehr als 90% des festgelegten Mindestlohns betragen" soll. Zurecht wird da moniert, daß der Staat den privaten Unternehmern mit schlechtem Beispiel vorangeht und es wird gefragt, wie eine Familie mit weniger als dem - staatlich anerkannten - Überlebensminimum überleben soll. Diese Frage soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon jetzt mehr als die Hälfte der ökonomisch aktiven Bevölkerung weniger als den Mindestlohn verdient. An Unterernährung stirbt man nicht sofort und so müssen eben laufend neue Strategien fürs Überleben gefunden werden, was den Staat aber nicht aus der Verantwortung in dieser Beziehung entläßt.

### Die peruanische Version des chilenischen Modells

Diese Lage, die sich vor allem für diejenigen Teile der Bevölkerung immer drastischer zuspitzt, die keine finanziellen Ressourcen besitzen, auf die sie zurückgreifen können, ist eine direkte Folge der Politik der 'Öffnung des Marktes', mit der Peru,



in Anlehnung an das 'Chilenische Modell', wieder für das ausländische Kapital interessant werden soll. Mit dieser Politik wird das in der 'ersten Phase' der peruanischen Revolution begonnene Modell der Importsubstitution durch den Aufbau einer eigenen nationalen Konsumgüterindustrie und der Nationalisierung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft wieder rückgängig gemacht und durch ein Modell ersetzt, welches den Schwerpunkt der Kapitalakkumulation in den Rohstoffbereich legt und durch Investitionsanreize versucht, möglichst viel privates ausländisches Kapital ins Land zu ziehen. Eine erste Maßnahme in dieser Richtung war die drastische Senkung der Zölle auf importierte Waren, die die einheimische Industrie schutzlos der ausländischen Konkurrenz auslieferte und ebenfalls bewirkte, daß die Menge der aus dem Ausland importierten Waren sprunghaft anstieg, welches eine gewaltige Belastung der stark negativen Zahlungsbilanz darstellt. Verbunden mit dieser Maßnahme war eine Senkung der Subventionen für 'nicht-traditionelle' Exporte, d.h. für Waren, die nicht aus dem Rohstoffbereich stammen. Das Geld, das gewöhnlich für diese Subventionen ausgegeben wurde, wandete statt dessen indirekt in Form von Steuererleichterungen und Investitionsanreizen in die Tasche der multinationalen Konzerne, die Rohstoffe exportieren. Im Erdölbereich wurde das eh schon labile Gleichgewicht zwischen der staatlichen Erdölgesellschaft Petroperu und den US-amerikanischen Vertragsfirmen, die mit ihrem Know-how bei der Ausbeutung des Erdöls 'helfen' sollen, weiter zu ungunsten von Petroperu verändert: die Ölmultis erhielten Vorzugsrechte zur Exploration auch besonders risikoarmer Gebiete und eine Verringerung der Tarife für die Benutzung der Ölpipeline, die vom Amazonastiefland zur Küste führt, mit der Folge, daß Petroperu immer mehr in eine Finanzkrise gerät. Die mangelnde Rentabilität von Petroperu wird dann als Argument für seine Reprivatisierung benutzt. Oberhaupt ist die "Befreiung der Staatsbetriebe von der öffentlichen Hand" sprich Umwandlung in Privatbetriebe, ein erklärtes Ziel der Regierung, welches schon schrittweise in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

## Die Opposition verbreitert sich

Die Politik von Ulloa und seiner im Kreise der Weltbank großgewordenen Assistenten führt auch zu einem immer breiter werdenden Widerstand, der schon längst auch Teile der Regierungsparteien erfaßt hat, die von ihrer Tradition und sozialen Basis her eher Vertreter der einheimischen Industrie als des ausländischen Kapitals waren. Die Zollsenkungen, die Kürzungen der Subventionen für den Export ihrer Erzeugnisse, die hohen Zinsraten und die ständigen Miniabwertungen der Währung haben zu starken Protesten von seiten der Industriellen geführt, die allerdings von der Regierung unter anderem dadurch entschärft werden, daß sie gegenüber der Arbeiterbewegung eine harte Haltung einnehmen. So kommt es - z.B. im Rahmen des Parlaments - durchaus zu einer begrenzten Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten der Linken, der APRA und den 'nationalen' Teilen der Regierungsparteien AP und PPC. In der Arbeiterschaft hat die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage zu einer neuen Streikwelle geführt. So streikten Anfang September die Ärzte, die Bankangestellten und die Bergarbeiter der Southern Peru Copper Company. Die Metall- und Bergarbeitergewerkschaft FNTMMP hat zu einem landesweiten Streik ab 3. September aufgerufen. Höhepunkt sollte ein 48stündiger nationaler Generalstreik am 19./20. August sein, zu dem von der größten Gewerkschaftszentrale CGTP aufgerufen worden war. An dem Aufruf beteiligten sich alle wichtigen Dachgewerkschaften und unabhängigen Gewerkschaften des Landes, sowie fast alle linken Parteien. Die Streikplattform, auf die man sich geeinigt hatte, richtete sich nicht nur gegen die Preissteigerungen und den Lohnverfall, sondern beinhaltete auch so wichtige Forderungen wie die Rücknahme des Antiterrorismusgesetzes, Arbeitsplatzstabilität und wandte sich gegen den Ausverkauf der nationalen Bodenschätze an die multinationalen Konzerne. Der Streik wurde jedoch drei Tage ehe er anfangen sollte von der CGT nach Verhandlungen mit Präsident Belaúnde ausgesetzt. Die Regierung versprach, in einigen Bereichen Zugeständnisse zu machen, deren Tragweite aber noch schwer abzuschätzen ist. Fest steht allerdings, daß die Entscheidung der CGTP, den Generalstreik ohne Rücksprache mit anderen Gewerkschaften bis zum 22./23. September auszusetzen, in der Arbeiterbewegung eine heftige Kontroverse ausgelöst hat.

## Terrorismus und Antiterrorismus

Kurz nach der Einsetzung der neuen Regierung Belaúnde Terry im Juni 1980 ließ die zahlenmäßig unbedeutende linke Splittergruppe PC-"Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) verkünden, ab sofort eine Politik der Waffen machen zu wollen und proklamieren den Volkskrieg. In einer Serie von Anschlägen richteten Dynamitstangen und Molotow-Cocktails Sachschaden an öffentlichen Gebäuden an. Als jedoch Bomben auch in Schulhäusern explodierten und Hochspannungsmasten und Sendetürme in der Sierra mit viel Sachverstand und Detailkenntnis gesprengt wurden, kam der Verdacht auf, andere Kräfte könnten sich die Situation zueigen machen, um politisches Kapital zu schlagen. Das Ergreifen eines agent provocateur mit Ausweispapieren der Polizei in Cuzco hat schlimme Befürchtungen bestätigt und so behielten Guardia Civil und Hardliner der Acción Popular-Partido Popular Cristiano-Regierung im Hin und Her der Terrorismushysterie letztlich die Oberhand.

Seit März wird den Verbreitern von "Angst und Unruhe" (Art. 1 Antiterrorismusgesetz) unter der Bevölkerung mit Hilfe eines Gesetzes ans Leder gegangen. Unruhe entstand, als der mehr als zweifelhafte Entstehungsweg des Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus DL 046 in seinen ganzen Ausmaßen bekannt wurde und der Terror begann mit dem Tag seiner Verkündung.

Das Dekret wurde ausschließlich in den Reihen der Regierung ausgearbeitet, und ohne daß ein Abgeordneter des peruanischen Kongresses darüber abgestimmt hätte, schlichtweg verkündet und in Kraft gesetzt. Die Möglichkeit, legislative Rechte auf die Regierung zu übertragen, läßt die neue Verfassung von 1979 in ihrem Artikel 188 als ausgesprochene Ausnahmeregelung zu. Die Mehrheit der Koalition AP und PPC in beiden Kammern des Kongresses hat durch exzessive Gewährung dieser Delegation der Legislativrechte dafür gesorgt, daß die Gesetzgebung in wichtigen Projekten völlig der

Kontrolle der Volksvertretung entzogen und in entscheidenden Fragen eine konstitutionelle Diktatur errichtet wurde. Das gilt etwa für die Umstrukturierung des Agrarsektors, für das geplante extrem repressive Streikrecht (durch das Generalstreiks und Ausstände mit politischen Zielen illegalisiert werden) und natürlich für das Antiterrorismusgesetz.

Das Dekret selbst erinnert in seiner ideologischen Diktion an die bundesdeutschen §§ 88a und 129a, geht aber in der Eingrenzung des Delikts "Terrorismus" noch weit ungenauer und launiger vor als sein deutsches Pendant. Das hat seine guten Gründe. "Terrorismus" als strafrechtliches Delikt wird durch das neue Gesetz in Peru überhaupt erst geschaffen. Damit reiht sich das Land in die Reihe jener Staaten ein, die versuchen, durch Kriminalisierung und drastische Bestrafung mit der politischen Gewalt und ihrem Umfeld fertig zu werden und den Vorwurf zu vermeiden, sie verletzte elementare Menschenrechte durch Unterdrückung linker Gegner. So fällt es Mitgliedern der peruanischen Regierung leicht, trotz hunderter von politischen Häftlingen zu behaupten, es existiere kein einziger politischer Gefangener im Land, was in Fragen der internationalen Reputation durchaus einen Faktor darstellt, der Beziehungen entspannt und Geschäfte erleichtert. Es geht schließlich nicht zuletzt darum, ökonomische Vorstellungen durchzusetzen, die in den Ländern des Cono Sur unter den Bedingungen einer brutalen politischen Diktatur mit extremem wirtschaftlichen Liberalismus Anwendung finden. Es sind also in Peru andere Mittel und Wege gefunden worden, Gewerkschafter, Linke und Intellektuelle zum Schweigen zu bringen und die Fassade einer demokratischen Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten. So werden folgende Handlungen als Terrorismus im Sinne des Gesetzes begriffen:

- Anwendung von Mitteln, die große materielle Schäden hervorrufen,
- Verursachung einer schweren Störung der öffentlichen Ruhe,
- Anwendung von Methoden, die die internationalen Beziehungen des Landes stören können, sowie
- die Staatssicherheit bedrohen.

Wer diese Taten begibt, um die Bevölkerung in einen Zustand von Angst und Unruhe zu versetzen, sowie Körperverletzung in Kauf nimmt, kann bis zu 20 Jahren Haft verurteilt werden. Für eine Verurteilung genügt bereits der Nachweis, daß ein Versuch



Wache in Lima: Im Stechschritt zurück in den Schoß der Multis

stattgefunden oder die Absicht bestanden hat. Das Gesetz DL 046 faßt strafrechtliche Delikte wie Körperverletzung, Totschlag, Sachbeschädigung etc., die bereits im normalen Strafrecht enthalten waren, mit der Illegalisierung der freien Meinungsäußerung oder der politischen Überzeugung zusammen und erteilt für diese Kombination noch einen kräftigen Aufschlag in der Strafzumessung. Die deutschen bzw. die argentinischen Paragraphen dürften für die folgenden Pate gestanden haben: vorgehen ist der Tatbestand der intellektuellen Täterschaft (Verherrlichung von Gewalt und Straftaten in Wort und Bild), bloßer Besitz oder das Verschaffen von Mitteln, die zum Zweck des Terrors angewendet werden könnten (Sprengstoff oder Munition), sowie eine kollektive Haftung all jener, die diese Straftaten billigen und einer Organisation angehören, die Gewalt als legitimes und notwendiges Mittel zu einer Veränderung der herrschenden Verhältnisse billigt, ohne sie in der augenblicklichen Situation anzuwenden. Zusätzlich wird der Polizei jede nur erdenkliche Erleichterung gewährt, die Beschuldigten zu verfolgen. Einmonatige Haft ohne Vorführung vor einen Untersuchungsrichter ist möglich, die Verschleppung in weit entfernte Gefängnisse ausdrücklich zugelassen. Diese Verschleppung war während der Militärdiktatur eine berühmte Methode, politische Häftlinge dem Schutz durch ihre Rechtsanwälte zu entziehen.

Auf diese Weise sind also Journalisten bedroht, die sich ehrlich mit den politischen Problemen des Landes befassen, alle Minenarbeiter, die tagtäglich mit Sprengstoffen hantieren oder die Mitglieder der Gewerkschaften und linken Parteien samt ihrer Wählerschaft. Aus dem Umstand, daß damit über 30% aller Peruaner hinter schwedische Gardinen wandern müßten, wird die Unsinnigkeit der Paragraphen des Antiterrorgesetzes deutlich und zeigt zudem, daß Mißbrauch die primäre Vorstellung seiner Väter war.

Haarsträubend lesen sich die Akten der Staatsanwaltschaft und der Polizei. Für eine Verhaftung und die Rechtfertigung einer oft illegalen Hausdurchsuchung genügt der Besitz "tendenziöser" Literatur, das hat der Fall des linken Intellektuellen und Poeten Matayoshi gezeigt, der bereits seit Ende Mai deswegen in Haft ist. In den letzten Jahren wurden durch die Guardia Civil mehrere tausend Menschen verhaftet, etwa dreihundert sind ständig in den Gefängnissen. Wie weit bei der Auslegung der Gesetzesartikel gegangen wird, läßt sich schwer sagen, da die politische Unterdrückung damit weit in abgelegene ländliche Gebiete vorgedrungen ist. Das was bekannt ist, läßt Schlimmstes vermuten. Die lokalen Antiguerrillaeinheiten "Sinchis" nutzen die Gelegenheit, ihrerseits Terror zu verbreiten, indem wahllos ganze Campesino-Gemeinschaften "überprüft", d.h. durchsucht und beraubt werden. Manche Dörfer sind inzwischen verlassen, weil sich die Bewohner in den Bergen versteckt halten.

Die Folgen haben Widerstand selbst im bürgerlichen Lager entstehen lassen und die katholische Kirche in Konflikt mit der Regierung gebracht, als ihre Führung gegen die Folterung eines unter Terrorismusverdacht Festgenommenen protestierte. Der rechte Blätterwald und die Boulevardzeitungen übertreffen die kühnsten deutschen Erfahrungen was die Kampagne gegen den "Terrorismus" anbelangt. Durch völlig überzogene und oft dreist erlogene Berichterstattung heizen sie die öffentliche Meinung an und sorgen für eine Pogromstimmung, so daß die Linken erhebliche Schwierigkeiten haben, eine klare und feste Meinung zum Thema zu präsentieren. Die Distanzierung von sinnlosen Terrorakten kann nicht verhindern, daß Genossen aus den eigenen Reihen verhaftet werden, die Parteien mit dem Rücken zur Wand kämpfen und teilweise starke Diskrepanzen in der Analyse des DL 046 zu keiner kontinuierlichen Frontstellung geführt haben. Die Parteien der Izquierda Unida (Vereinigte Linke) sind im Zugzwang und so verzerrt sich das Panorama der Auseinandersetzungen, indem die Linke gezwungen wird, sich ständig zu rechtfertigen. Dies hat vor allen Dingen damit zu tun, daß Streiks in Exportindustrien, besonders des Rohstoffsektors als Störung der internationalen Beziehungen ausgelegt werden könnten und so unmittelbarer Druck auf die Arbeiterbewegung ausgeübt wird.

Obwohl sich herauskristallisiert hat, daß das Gesetz abgesehen von seinem politisch repressiven Charakter auch noch in mehreren Punkten gegen die Verfassung verstößt, besteht vorläufig keinerlei Chance, über den Weg einer Verfassungsklage diesem Monstrum beizukommen. Das peruanische Verfassungsgericht (Tribunal de Garantías Constitucionales) ist noch nicht in sein Amt eingesetzt.

Premier- und Justizminister haben also ein probates Mittel gefunden, die Peruaner vor zu viel Demokratie zu bewahren und die repressiven Methoden der Militärdiktatur zu neuem Leben zu erwecken.

## Massiver Angriff gegen das Streikrecht

Am Morgen des 11. September, just dem achten Jahrestag des blutigen Putsches in Chile, berichteten die peruanischen Morgenzeitungen über die neueste parlamentarische Nacht- und Nebelaktion der Regierung Belaúnde. Am Abend vorher war dem Senat ohne Vorankündigung ein Gesetzesentwurf präsentiert worden, der ohne Vorrede, ohne viel Wenn und Aber aus 2 Sätzen bestand: Streiks in "lebensnotwendigen Dienstleistungsbereichen" sowie in Schlüsselbereichen der Wirtschaft, die eine Gefahr für den Staatshaushalt darstellen können" sollen künftig illegal sein. Alle weiteren Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes sollten einem Regierungsdekret mit Zustimmung des Ministerrates vorbehalten sein. Der überraschende Gesetzesentwurf sollte nun auch gleich ohne Diskussion per Akklamation verabschiedet werden. Nur die schnelle Reaktion eines Senators der Izquierda Unida konnte bewirken, daß das infame Projekt doch noch zuerst einmal in die entsprechenden Ausschüsse verwiesen wurde. Wäre es tatsächlich zur Verabschiedung dieses Dekrets gekommen, dann wären Streiks im Bergbau- und Erdölsektor nur mit Zustimmung der Regierung möglich, und solche, in der letzten Zeit wichtigen Auseinandersetzungen wie die Streiks der Ärzte und der Arbeiter des Wasserwerkes in Lima könnten in Zukunft nicht mehr stattfinden.

Die Regelung des Streikrechts ist der vorerst letzte Baustein, der dem Premier und ehemaligen Multi-Manager Ulloa noch zur Vervollständigung seines "Modells Peru" noch fehlt. Die Durchsetzung einer neo-liberalistischen Wirtschaftspolitik unter Wahrung der demokratischen Spielregeln soll Peru für die Investitionen ausländischen Kapitals wieder attraktiv machen. Die strikte aber gesetzlich abgesicherte Kontrolle über etwaige Streikbewegungen wird ergänzt durch eine sozialpartnerschaftliche Kommission nach Vorbild der bundesdeutschen "Konzertierten Aktion", der sog. Comisión Nacional Tripartita. So soll der Arbeitsfrieden gesichert werden. Das Gesetzesdekret 046, das Anti-terrorismusgesetz, gibt der Regierung einen weitgehenden gesetzlichen Spielraum, um gegen jede Art von politischer Opposition vorzugehen. Und schließt - hat sich die Regierung für alle Fälle vom Parlament weitgehende Vollmachten geben lassen, die ihr ermöglichen, in wichtigen Fragen Gesetzesdekrete ohne Diskussion und Zustimmung im Parlament verabschieden zu können. Damit hat sich die Demokratie weitgehend in eine Zivildiktatur verwandelt.

Ulloas kompakter Anti-Streik-Hammer zog dann auch den folgenden Tagen soviel öffentliche Kritik auf sich, daß er bis jetzt noch nicht wieder aus den Ausschüssen, in die er verbannt wurde, aufgetaucht ist. Trotzdem dürfte er sein Ziel zu einem großen Teil erreicht haben. Der Handstreich der Regierung platzte nämlich in eine Zeit hinein, in der zum einen verschiedene Gesetzesprojekte zur Regelung des Streikrechts diskutiert wurden, zum anderen der schon seit längerer Zeit von der Gewerkschaftszentrale CGTP angekündigte Generalstreik bevorstand. In diesem Licht betrachtet ist es wahrscheinlich, daß die Regierung nicht unbedingt vorhatte, das Projekt wirklich zu verabschieden. Seine bloße Ankündigung gab ihr eine starke Verhandlungswaffe gegenüber der CGTP in die Hand, und zum anderen erscheinen selbst die repressiveren Varianten der Anti-Terrorgesetze, die wirklich verabschiedet werden sollen, gegenüber Ulloas Platzpatrone als vergleichsweise liberal. Dieselbe politische Taktik ist aus den USA aus der Zeit des Vietnamkrieges bekannt: nachdem durch "Indiskretionen" durchgesickert war, daß eine enorme Anzahl US-Soldaten nach Vietnam verschifft werden sollten, erschien es schon fast wie ein Sieg der Volksbewegung, wenn nachher tatsächlich bloß die Hälfte davon stationiert wurde.

So stehen jetzt auch nur noch die "seriöseren" Gesetzesvorschläge zur Debatte. Nachdem Regierung und Arbeitgeber je einen Vorschlag präsentiert hatten, wurden diese Vorschläge zurückgezogen zugunsten eines anderen, der von der Comisión Tripartita ausgearbeitet worden war und so der Öffentlichkeit als Produkt der Einigung von Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften verkauft werden konnte. Was allerdings lange nicht bekannt wurde, ist, daß dieser Vorschlag nur die Po-

sition der Vertreter von Regierung und Kapital in der Kommission vertritt, während die in der Tripartita vertretenen Gewerkschaften ein eigenes Projekt unterzeichneten. Die Lage wird noch dadurch kompliziert, daß das Projekt von Regierung und Arbeitgeber als Mehrheitsvotum unverändert aus dem Senatsausschuß für Arbeit herausgekommen ist und von der gleichgeschalteten Presse als das 'Projekt der Tripartita' gefeiert wird.

### *Die Bestimmung des Gesetzesvorschlags*

Nach den Regierungsvorstellungen soll es nicht nur ein, sondern drei verschiedene Streikrechte geben: eins für den öffentlichen Dienst, eins für grundlegende Wirtschaftsbereiche und eins für den Rest der Arbeiter in der Privatwirtschaft. Das Gesetz definiert als Schlüsselbereiche der Wirtschaft den Bergbau und die Erdölförderung. Hier behält sich die Regierung vor, in den Fällen, in denen es ihr notwendig erscheint, den Streik durch ein Gesetzesdekret zu beenden. Im Falle der Nichtbewilligung eines Streiks können die Arbeiter entlassen und durch andere ersetzt werden. Streiks im öffentlichen Dienst, die das öffentliche Interesse oder die nationale Sicherheit beeinträchtigen, sollen nicht statthaft sein. Insgesamt sieht das We-k vor, daß Streiks ausschließlich zur Verbesserung von Löhnen und Gehältern sowie zur Erfüllung von Regelungen, die Bestandteil des Tarifvertrags sind, geführt werden können. Damit ist der Streik als politische Waffe nicht mehr im Bereich dieses Gesetzes. Schließlich, sozusagen als Kirsche auf die Schlagsahne, wird in dem Gesetz festgehalten, daß Arbeiter für die Zeit eines Streiks, sei nun legal oder illegal, keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung haben.

## Der Generalstreik vom 22. September

Am 22. September war es schließlich soweit: der lange angekündigte und vorbereitete Generalstreik gegen die Hunger- und Ausverkaufspolitik der multinationalen Ministerriege um Premierminister Ulloa sollte endlich stattfinden. Schon am 15. Juli hatte die Delegiertenversammlung des CGTP, allerdings ohne Absprache mit den unabhängigen Gewerkschaften, zu einem 48-stündigen nationalen Generalstreik aufgerufen. Dem Streikaufruf schlossen sich jedoch bald die drei anderen Gewerkschaftszentralen und die Unabhängigen an. Genug Gründe zum Streik gab es, galt es doch die Rücknahme des Antiterrorgesetzes zu fordern, mit dessen Hilfe mittlerweile einige Tausend Gewerkschafter, Campesinos und Mitglieder linker politischer Parteien in Haft sind, ohne daß gegen sie ein Verfahren eröffnet wurde. In gleicher Weise galt es, gegen die enorme Begünstigung der Bergbau und Erdölmultis, sowie gegen den ständigen Lohnverfall vorzugehen und die sofortige Wiedereinstellung von Arbeitern zu fordern, die im Zuge früherer Streiks entlassen worden waren. Kurz vor Beginn wurde der Streik jedoch von der CGTP, wieder ohne Rücksprache mit den anderen Gewerkschaften, abgeblasen. Die CGTP-Führung aber hatte erreicht, daß acht ihrer Funktionäre, die im Zusammenhang mit dem Antiterrorismusgesetz verhaftet worden waren, freigelassen wurden. Außerdem hatte die Regierung die Wiedereinstellung von etwa 100 Entlassenen versprochen. Unter dem Motto 'Aufgeschoben ist nicht aufgehoben' kündigte nun die CGTP an, im Falle der Nichterfüllung der Versprechen durch die Regierung den Generalstreik am 22. und 23. September stattfinden zu lassen, gnadenlos und ohne Pardon. Die unabhängigen Gewerkschaften forderten nun die Einrichtung eines gemeinsamen Streikkommandos, so wie zu Zeiten des ersten großen und erfolgreichen Generalstreiks im Juli 77, um weiteren einseitigen Handlungen seitens der CGTP-Führung vorzubeugen. Sie konnten sich damit nicht durchsetzen und somit auch nicht verhindern, daß, wiederum kurz vor Beginn des Streiks, dieser von 48 auf 24 Stunden gekürzt wurde und die CGTP-Führung erklärte, er habe lediglich den Charakter eines Warnstreiks und werde nicht geführt, um irgendwelche konkreten Forderungen durchzusetzen.

Unter diesen Startbedingungen konnte es nicht mehr allzusehr verwundern, daß von dem Streik, der ja nach Willen der CGTP hauptsächlich eine Demonstration der Kampfkraft und Geschlossenheit der Arbeiterklasse sein sollte, am Morgen des 22. Septem-

ber nicht allzuviel sichtbar war. Zwar wurden viele vor allem der größeren Industriebetriebe der Stadt bestreikt, aber gerade diejenigen Sektoren, die für den Demonstrationscharakter des Streiks wichtig gewesen wären, funktionierten normal. So war es nicht gelungen, die von der Sozialdemokratie nahestehenden APRA kontrollierte Gewerkschaft der Busfahrer zu einer Teilnahme zu bewegen, so daß die öffentlichen Verkehrsmittel völlig normal funktionierten. Auch die überwiegende Anzahl der Geschäfte in Lima war geöffnet, Straßensperren und Mobilisationen in den Pueblos Jovenes am Rande der Stadt blieben aus, so daß in den meisten Teilen von Lima das Stadtbild nicht von anderen Tagen zu unterscheiden war.

Die Streikbeteiligung in vielen Provinzstädten war weitaus höher als in der Hauptstadt. Vor allem in den wichtigen Städten Chimbote, Arequipa, Ayacucho und Cusco war die Streikbeteiligung fast total. Das relativ günstige Ergebnis in den Provinzen konnte aber das halbherzige Abschneiden in Lima, wo der Erfolg eines Streiks gemessen wird, nicht wettmachen.

Die flauere Streikbeteiligung jedoch als einen Ausdruck der grundsätzlichen Zufriedenheit und 'Vernunft' des Volkes und als eine Abfuhr für die 'kommunistischen Agitatoren' zu deuten, wie es der Arbeitsminister schon am frühen Nachmittag im Fernsehen tat, hieße ihn gründlich mißzuverstehen. Nicht das Vertrauen in die Politik der Regierung führte zum Fehlschlag, sondern die Fehler, die vor allem von der Führung der CGTP bei der Organisation gemacht worden sind. So konnte ein Projekt, auf das wichtige Teile der Arbeiterorganisationen keinen Einfluß und keine Mitbestimmung hatten, auch nicht zu einer Demonstration der Einheit der Arbeiterklasse werden. Die ständigen Änderungen der Streikforderungen und des Charakters sowie Zeitpunkt und Dauer des Streiks mußten bei vielen Gewerkschaftsbasen Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Streiks aufkommen lassen. Die ursprünglichen gemeinsamen Forderungen waren fast stillschweigend in der Versenkung verschwunden, übrig blieb nur noch die Auseinandersetzung um die Abwehr des Antistreikgesetzes. In diesem Gebiet gelang es der Regierung durch die Beteiligung der CGTP in der Comisión Tripartita den Eindruck zu erwecken, als ob eine mit den Gewerkschaften einvernehmliche Regelung schon im Gange sei. Daß die Vertreter der CGTP wenige Tage nach Bekanntwerden von Ulloas Antistreik-Rundumschlag an einer Sitzung der Tripartita teilnahmen, um über ein gemeinsames Streikgesetz zu verhandeln, muß die Verwirrung noch vergrößert haben.

Die Geschichte des Generalstreiks vom 22. September wirft ein kritisches Licht auf den Zustand der peruanischen Linken im Augenblick. Das Wahlbündnis 'Izquierda Unida', das wenige Tage vor dem Streik seinen einjährigen Geburtstag feierte, hat in diesem Fall versagt, da es nicht möglich war, im Rahmen der IU eine Koordination der verschiedenen Tendenzen, die in den Gewerkschaften Einfluß haben, zu erreichen. Das Jubiläum der IU hat eher die Schwächen des Bündnisses offensichtlich gemacht als daß es zu einer Demonstration seiner Stärke Anlaß gegeben hätte. Nach dem Streik vom 22. September befindet sich die peruanische Arbeiterklasse in einer schwierigen Lage. Die Offensive der Regierung zugunsten des multinationalen Kapitals gegen die Lebensinteressen des Volkes geht ungebrems weiter. Der Generalstreik als Mittel des politischen Kampfes hat weiter an Glaubwürdigkeit verloren, und es ist noch nicht gelungen, Sektierertum und Hegemoniebestrebungen der verschiedenen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu überwinden. Es bleibt zu hoffen, daß eine selbstkritische Bilanz des Streiks zu einer neuen Sammlung von Kräften und zu neuen Impulsen für die Einheit führt.

# SOLIDARITÄT

## Aufruf: Frauen im Widerstand (Camur/Chile)

Im Folgenden drucken wir einen Aufruf des Komitees zur Unterstützung der Frau im Widerstand ab. Das Komitee (CAMUR - Comité de Apoyo a la Mujer en la Resistencia) hat es sich zum Ziel gesetzt, die Frauen, die in Chile der Diktatur nun schon seit 8 Jahren in verschiedenen Formen Widerstand leisten, von Europa aus solidarisch und materiell zu unterstützen und über ihre Arbeit zu informieren.

Vom September bis Dezember 1981 führt CAMUR eine bundesweite Unterstützungskampagne durch, deren Ziele in dem Aufruf erläutert werden

### *Für das Recht in Chile zu leben und zu siegen*

Seit 1977 hat die Widerstandsbewegung des chilenischen Volkes einen offensiven Charakter angenommen. Öffentliche Demonstrationen (wie zum 11. September des vergangenen Jahres) oder große Streiks (wie der in der Textilfabrik Panal oder der große Streik der Minenarbeiter des Kupferbergwerks El Teniente im April '81) zeigen, daß das Volk zunehmend seine Angst vor der Repression der Militärs verloren hat; insofern reagiert es nun nicht mehr auf diese, sondern hat aktiv den Kampf gegen die Pinochet-Diktatur aufgenommen.

Die Frauen der unterdrückten sozialen Sektoren (Arbeiter, Elendsviertelbewohner, Gewerkschafter, Mapuches usw.) haben in dieser Entwicklung eine große Rolle gespielt. Direkt nach dem Putsch am 11. September 1973 gründeten sie, als direkt Betroffene der Repressionspraktiken der Regierung, die Organisation der Familienangehörigen der Verschwundenen und der politischen Gefangenen (Agrupación de los familiares desaparecidos y presos políticos), und forderten von der Junta Auskunft über den Verbleib und das Schicksal ihrer verschwundenen Familienangehörigen. Diese Organisation, die nicht nur eine der ersten sondern eine der bekanntesten ist, führte die erste öffentliche Aktion durch mit einem unbefristeten Hungerstreik. Rund 90% der Mitglieder der Agrupación sind Frauen!

Auf andere Weise, aber genauso hart betroffen waren die weiblichen politischen Gefangenen, die sich in den Gefängnissen oder in dem Frauen-KZ von Tres Alamos organisierten und mit Hilfe von Hungerstreiks ihre Anerkennung als politische Gefangene und das Recht auf bessere Haftbedingungen zu erkämpfen versuchten.

Dies sind nur zwei Beispiele für die Teilnahme der Frauen am antidiktatorialen Kampf. Doch auch die anderen Frauen, die Arbeiterinnen, Bewohnerinnen der Elendsviertel, Gewerkschafterinnen, Mitglieder der verbotenen Parteien, Mapuchefrauen integrierten sich in verschiedene Organisationen, um ihre Rechte und die des chilenischen Volkes durchzusetzen.

Aufgrund des neuen Wirtschaftsmodells und der Privatisierung sozialer Institutionen befindet sich die Frau in Chile heute in der schlechtesten sozialen Lage, die sie je in der Geschichte des Landes hatte. Die steigende Arbeitslosigkeit betrifft vor allem die Frauen, da die Importwirtschaft des Landes ganze Industriezweige lahmgelegt hat wie z.B. die am stärksten vom Ruin betroffene Textilindustrie, die vorwiegend von weiblichen Arbeitskräften lebte. Dazu kommt, daß z.B. die Privatisierung des Gesundheitswesens Massenentlassungen vor allem von Krankenhauspersonal, in erster Linie Krankenschwestern und Hebammen, bedingt.

Aus der aktuellen Situation, ihrer eigenen und der politischen des Landes, ziehen die Frauen mehr und mehr den Schluß, daß sie ihre Rechte nur durch den demokratischen antidiktatorialen Kampf durchsetzen können. Gerade auch die aus politischen Gründen exilierten chilenischen Frauen sehen darin die einzige Möglichkeit, das Recht auf Rückkehr für die Ausgewiesenen zu erkämpfen. Das Resultat ist eine verstärkte Integrierung der Frauen in den Organisationen des chilenischen Widerstands sowie der Entschluß vieler exilierter Frauen, nach Chile zurückzukehren, um direkt und aktiv am Kampf des chilenischen Volkes gegen die repressive Herrschaft des Militäregimes teilzunehmen.

Wir als CAMUR (Comité de apoyo a la mujer en la resistencia - Komitee zur Unterstützung der Frau im Widerstand) haben es uns zur Aufgabe gemacht, diese Frauen in ihrem Kampf zu unterstützen. Deshalb rufen wir alle demokratischen und solidarischen Organisationen und Personen zur Mithilfe auf bei unserer Kampagne zur Unterstützung der kämpfenden chilenischen Frau unter dem Motto: Für das Recht in Chile zu leben und zu siegen!

Die Kampagne trägt den Namen Laura Allendes, der Schwester des 1973 ermordeten Präsidenten Salvador Allende, die nach sechsmonatiger Haft im März 1975 von der Diktatur des Landes verwiesen worden war. Seit 1965 Abgeordnete des 2. Distrikts von Santiago als Vertreterin der Sozialistischen Partei, richtete Laura Allende ihre politische Arbeit auf die Elendsviertelbewohner und die Arbeitergewerkschaften. Die Sozialistenführerin und Exparlamentarierin verhehlte nie ihre Unterstützung für den Kampf des chilenischen Volkes. Nach ihrer Ausweisung wurde sie in der ganzen Welt von zahlreichen Regierungen und politischen Persönlichkeiten empfangen, denen sie die politische Lage Chiles und des Widerstandskampfes darlegte. Gleichzeitig mit diesen Aufgaben als Volksvertreterin kämpfte die unheilbar an Knochenkrebs erkrankte Frau vergeblich darum, in ihr Vaterland zurückkehren zu dürfen. Ihre Petitionen, nach Chile zurückkehren zu dürfen, um dort zu sterben, wurden zurückgewiesen. Dieses Recht wurde ihr von den Militärs verweigert, die die große Popularität und die moralische Kraft dieser Frau fürchteten. Laura Allende nahm sich am 23. Mai im höchsten Protestschrei gegen die Diktatur in La Habana das Leben.

Die Kampagne beginnt am 28. September in Hamburg mit einer Pressekonferenz und setzt sich fort mit Solidaritätsveranstaltungen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und anderer Länder Europas.

CAMUR-CHILE

CAMUR-CHILE, c/o Bücherstube, Große Heimatstraße 68,  
4600 Dortmund 1



## Der letzte Tango in Huahuatenango

Politisches Theater als Solidaritätsbeitrag für El Salvador



Vor Mitte Oktober bis Ende November gastiert die SAN FRANCISCO MIMO TROUPE, das älteste und profilierteste zeitgenössische politische Strassentheater der USA, mit ihrem neuen Stück "Der letzte Tango in Huahuatenango" in der ERD, wird die Aufführung in 16 verschiedenen Städten im ganzen Bundesgebiet zu sehen sein.

Ein Theaterabend, der aus mehreren Gründen für alle Leser der lateinamerikanischsprachigen Zeitschriften sehr wertvoll ist. Denn zum einen behandelt das Stück die aktuellen Ereignisse in El Salvador mit einer klaren politischen Position und eindeutiger Parteilichkeit, zum anderen vermittelt es in beispielhafter Weise neben einer Fülle gut recherchierten Details eine profunde Analyse der komplexen Situation in Mittelamerika. Weiterhin ist mit dieser Produktion der prägnanteste kulturelle Solidaritätsbeitrag der US-Linken mit der zentralamerikanischen Widerstandsbewegung zu sehen. Mithin kann wieder einmal miterlebt werden, welchen eminenten Nutzen politisches Theater für die Schaffung von Öffentlichkeit bieten kann, welches hohe Agitations-, Informations- und Mobilisierungspotential in einem Theater steckt, das ebenso publikumswirksam wie engagiert auftritt.

Doch nur zum Stück. "Der letzte Tango in Huahuatenango" entfaltet ein breitgefächertes Panorama der ökonomischen und geopolitischen Interessen, Politik-

fraktionen, sozialen Gruppen, relevanter Themen und Konflikte, die dem Geschehen in El Salvador (und den anderen Staat der Region) seine Gestalt aufdrücken. Der Theatertruppe gelingt eine prägnante Darstellung dieser vielschichtigen und widerspruchsvollen Situation durch die geschickt montierte Gegenüberstellung verschiedener Handlungsebenen und Protagonisten.

Auf der Ebene von Staatsgewalt und hoher Politik treffen wir den Juntachef, den Verteidigungsminister, den US-Botschafter, eine direkt vom Präsident Reagan entsandte US-Diplomatin auf Sondermission sowie mehrere zivile Junta-Mitglieder auf dem Posten des Landwirtschaftsministers. Auf einer zweiten Handlungsebene agieren die Bewohner des abgelegenen Dorfes Huahuatenango, unter ihnen die kleinstädtische Besitzerin des schönen Hotels, eine Reihe von verarmten Kleinbauern und besitzlosen Landerbeitern sowie der Dorfpriester, ein fortschrittlich gesinnter Idealist. Auf einer dritten Ebene tritt der Kommandantín Luisa gescharte Truppe von Guerillakämpfern auf, der im Hochland von Huahuatenango seine Operationsbasis und im Dorf etliche Unterstützer hat. Zusätzlich werden verschiedene Nebenfiguren eingeführt, die Brücken und Querverbindungen zwischen den einzelnen Handlungsorten und Schauplätzen schlagen, ferner für die kurzweilige Abwicklung der spannend konstruierten Fabel sorgen: die Fotoreporterin eines US-Magazins, ein gleichfalls aus den USA stammender, nicht nur mit humanitären Hilfsdiensten beschäftigter Arzt sowie dessen ominöser Gesprächspartner, der Beziehungen zu Waffenhändlern und zur CIA zu unterhalten scheint. (Insgesamt sind es fast 40 Rollen, die von den 13 Schauspielern - 5 Latinos, 3 Schwarze und 5 Weiße - gespielt werden.)

Das Szenario des Lehrstücks entspricht der aktuellen Lage in El Salvador, orientiert sich an realen Ereignissen und Personen. Die Rolle der US-Militärhilfe, das angekracht internationaler Renommée der Junta und die Schüchternheit ihres Reformmantelchens, der Konflikt zwischen Vertretern einer noch schärferen Repressor bzw. eines gemäßigteren Kurses im US-Außenministerium, die politischen Morde der rechten Todeskommandos, die Massaker an Demonstranten und der Landbevölkerung, die Aktivitäten der Guerilla und die spontanen Landesbesetzungen der Bauern - all das gewinnt auf der Bühne lebendige Gestalt und klare Kontur, wird dem Publikum anschaulich und sinnlich wahrnehmbar vor Augen und Ohren geführt.

Mehr soll hier nicht gesagt werden, Theater will live erlebt werden. Nur noch so viel: es gibt eine Menge von Kostümmern und Tanszeinlagen, die Handlung ist mit ebensoviel Witz wie Wissen inszeniert, voller spannender Momente und Überraschender Wendungen. Denn die MIMO Troupe weiß aus langer Erfahrung, dass der Zuschauer nicht durch langatmige Belehrung und Thesen-dialoge politisch agitiert wird, sondern wenn er unterhalten und auf genussvolle Art zum Nachdenken herausgefordert wird.

\*\*\*\*\*

### "Der letzte Tango in Huahuatenango"; Tourneedaten

Aachen	30. Nov.	Hamburg	19., 27., 30. Okt.
Bochum	8., 9. Nov.	Hannover	1. Nov.
Fraunschweig	23. Okt.	Heidelberg	20., 21. Nov.
Bremen	20., 26., 29. Okt.	Köln	26., 27. Nov.
Düsseldorf	28. Nov.	Mannheim	23. Nov.
Frankfurt	6. Nov.	Marburg	16. Nov.
Freiburg	10., 13. Nov.	Cuxabück	18. Okt.
Göttingen	3., 4. Nov.	Tübingen	15., 17., 18. Nov.

\*\*\*\*\*

## Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten

Ein neues "Unternehmen ist in Dortmund am Entstehen: die DOKUMENTATIONSSTELLE BLOCKFREIER STAATEN E.V. in Dortmund. Entstanden auf Initiative einer Arbeitsgruppe in der Evangelischen Studentengemeinde Bochum, die sich seit 1977 mit Geschichte, Aktivitäten und Zielen der Blockfreienbewegung befaßt, existiert die DOKUMENTATIONSSTELLE jetzt seit gut einem Jahr. Der Grund für diese Initiative: Trotz der bedeutenden Rolle, die die blockfreien Staaten heute in den internationalen Beziehungen spielen, wird in der Bundesrepublik kaum über die blockfreien Staaten und die Blockfreienbewegung informiert, und Material ist kaum in gesammelter Form verfügbar.

Im Rahmen ihrer Arbeit hat sich die Dokumentationsstelle dabei folgende Ziele gesteckt:

- 1) Sammlung von Dokumenten, Aufsätzen, Sammelbänden und Monographien zur Blockfreienbewegung und der blockfreien Politik einzelner Länder.
- 2) Verbreitung von Informationen zu diesem Thema. Wir sind publizistisch tätig; versuchen Informationen über die Blockfreienbewegung in die politische Bildungsarbeit einzubringen; organisieren Seminare und Veranstaltungen; stellen Referenten.
- 3) Hierbei versuchen wir einen breiten Meinungsaustausch zu organisieren. Wir arbeiten mit Wissenschaftlern aus den verschiedenen Bereichen zusammen, geben Journalisten Materialien zur Berichterstattung an die Hand, und diskutieren mit der interessierten Öffentlichkeit über diese Frage. Besonderes Augenmerk schenken wir dabei den Diskussionen mit entwicklungs- und friedenspolitischen Zielen.

Wir hoffen auf diese Weise einen Beitrag zur Entwicklung eines größeren Verständnisses über die Ziele und die Politik der blockfreien Staaten in unserem Land zu leisten.

Erste Ansätze zur Schließung der genannten Informationslücken sind durch die Dokumentationsstelle oder durch ihre Mitarbeit schon deutlich. Dies bezieht sich insbesondere auf erhältliche Publikationen, auf die hier noch verwiesen werden soll. Sie sind bei der Dokumentationsstelle erhältlich (gegen Vorauskasse oder per Nachnahme).

1. Die Bewegung der Blockfreien, Archiv 3. Welt Bd. 4, Köln 1978. Dokumente der ersten fünf Gipfelkonferenzen
2. Die Bewegung der Blockfreien. Hefte des iz3w Dortmund, 45/1979
3. Die Blockfreien. epd 7 / 81.
4. Auswahlbibliographie zur Blockfreienbewegung. Diese enthält den Stand der Dokumentationsstelle (Stichtag Juni 1981)

Soweit diese Informationen. Wer weitere Fragen hat, zur Arbeit der Dokumentationsstelle wie zur Bewegung der Blockfreien, wende sich bitte an diese Stelle:

DOKUMENTATIONSSTELLE BEWEGUNG BLOCKFREIER STAATEN E.V.  
 Weißenburger Str. 23  
 4 600 Dortmund



## ATOMEXPORT



Schweizer Mustermesse Basel Foire Suisse d'Echantillons Bâle Swiss Industries Fair Basle  
 NUCLEX 81

Die Nuclex 81 (siehe LN 96), Export-Ausstellung der internationalen Atomindustrie, sollte "zu einer Demonstration der wirtschaftlichen Bedeutung und Unerlässlichkeit der Kernenergie und Kerntechnik" werden (Messedirektor Walthard). 287 Aussteller aus 19 Ländern, darunter als grösstes Kontingent 62 deutsche Atomfirmen, präsentierten das gesamte Angebotspektrum der modernen Atomtechnik für den weltweiten Export.

Als Atomgegner aus dem gesamten Dreyecksland (Basel, Elsass, Breisgau) mit einer Grossdemonstration von 5 000 Leuten und vielfältigen gewaltfreien Aktionen (Besetzung des Rathausdaches, Menschenteppiche vor der Messe) reagierten, zeigte sich die Atom-Mafia von ihrer gewalttätigen Seite:

Jedesmal schoss die schweizer Polizei aus allen Rohren Tränengas und Gummigeschosse gegen die friedlichen Atomgegner - in den meisten Fällen ohne Vorwand. Die Gewalt war auf erschreckende Weise einseitig. Es gab Schwerverletzte durch rücksichtslosen Einsatz von Gewehrkolben.



Immer wieder wurden auf dem Vorplatz der Messe "verdächtige" Bürger von Zivilangestellten der Aussteller zusammengeschlagen oder von ihren uniformierten Helfern abgeführt. Gruppen von Demonstranten, die Menschenteppiche bildeten, wurden augenblicklich verhaftet. 200 deutschen Demonstrantinnen wurde die Einreise verboten (sie reagierten mit einer mehrstündigen Blockade des Autobahn-Grenzübergangs).

Der Terror, der die meisten wirksamen Gegenaktionen im Keim erstickte, herrschte erst recht in den Ausstellungshallen.

2 deutsche Physikstudenten, die sich am THYSSEN-Stand nach den Atomexport-Beziehungen zur Militärdiktatur Argentinien erkundigten, wurden vom Vertreter des Konzerns, Herrn Reinke, an die schweizer Polizei denunziert und prompt wegen "non konformen Verhaltens" verhaftet. Was den Nix-Nuclex-Demonstranten alleine wohl kaum gelungen wäre, brachte eine gewalttätige Industrie selber zustande: der Basler Bevölkerung wurde der Atomstaat so eindrucksvoll vor Augen geführt, dass sich ihre ablehnende Haltung allenfalls noch verstärken wird.

Eine weitere Nuclex wird es nach Einschätzung etlicher Beobachter aus der Basler Anti AKW-Bewegung wohl nicht mehr geben.

## Zeitschriftenschau

ILA - INFO Nr. 49, Oktober 81. ILA, Römerstr. 88 53 Bonn 1

SCHWERPUNKT: PERU - Der Weltmarkt frißt die Revolution  
CHILE im September - Der Tag als Victor Jara starb / verhaftet, gefoltert, verschunden / Rückfall in die Sklaverei / Die Friedman-Wirtschaft / "Ein geographischer Raum von lebenswichtiger Bedeutung"  
Washingtons Guatemalapolitik: Öl ins Feuer  
Ländernachrichten: Brasilien, El Salvador, Guatemala, Haiti  
Solidaritätsbewegung: BMZ stoppt BUKO-Gelder / Gespräch mit 2 Kindern aus Nicaragua / Der Yankee ist der Feind der Menschheit / Sobradinho-Kampagne / Rettet das Leben von Fernando Espinoza / Der Schwarzmarkt für "Solidaritätstouristen" in Nicaragua / Außerhalb Europas ist bereits Krieg / Buchbesprechungen

ENCUENTRO LATINOAMERICANO Nr 23 Octubre - Diciembre 1981 Brunnenstr. 24/25 2800 Bremen 1

CHILE a ocho años del golpe militar: la oposición política en Chile y las transformaciones realizadas por la Junta Militar / Carta del pintor Hugo Riveros / Chile canta por Chile, balance de un encuentro / Novísima poesía chilena: Moro, F. Banderas e I. Cartens / Laura Allende murió pensando en Chile y en su pueblo por Aníbal Palma F.

IKA - ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALEN KULTURAUUSTAUSCH Nr 18, August 1981  
c/o CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 28 Bremen 1

"Und wir greifen die Hoffnung dieses Menschen auf..." (zum Tod von Hugo Riveros, "Land und Freiheit": Kampf der Landarbeiter in Andalusien  
Südwind - Gasarbeiterdeutsch "Zwischen Fabrik und Bahnhof" (Buchbesprechung)  
"Und im Licht waren für ihn alle Möglichkeiten enthalten" (Kurzgeschichte von Gino Chieellino) / Artikel zu Theater in Griechenland: Schattentheater, Karagiosispieler, Hunger in Griechenland / Bildungs-Strategien im arabischen Sektor Israels  
Porträt des indischen Schriftstellers Anantha Murthy / Die Bombenleger von Rio / Die Musikgruppe Vissungo / Zwei verschiedene Welten / Die Geschichte der Nongause von Gxara / Mbogos Ernte oder: Die Teilung der Welt / Materialien

SOLIDARITÄT Nr. 59, September 1981, c/o SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Agrobusiness - Zum Beispiel Nestlé in Brasilien, Peru und Kolumbien  
Nachlese zum entwicklungspolitischen Symposium  
Der Entwicklungskuchen - Mit frischem Mut in die 80er Jahr?  
Dossier Schweiz - Trikont  
Chile: Gewerkschaften einigen sich / El Salvador: Dokument / Palästina: Solidarität

BLÄTTER DES IZ3W Nr. 96, September 1981, Postfach 5328, 7800 Freiburg

HORN VON AFRIKA: Äthiopien - Die umstrittene Revolution / Flüchtlinge / Die ungelöste nationale Frage / Gleichberechtigung der Frauen  
CHILE: Die Diktatur institutionalisiert ihren Terror / Das BMZ streicht dem BUKO die Gelder / Umwelt, Rohstoffe, Dritte Welt  
Nachrichten und Berichte zu Honduras, Cancun, Libanon  
Rezension: Das deutsch-argentinische Atomgeschäft

ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN Nr. 10, Oktober 1981  
Liebigstr. 46, 3550 Marburg

AIB-Aktuell: Friedensmanifestation am 10.10.1981 - Südliches Afrika: Zermürbungskrieg gegen Angola; Die Namibia-Initiative in Trümmern - Südafrika: Neue bundesdeutsche Waffenlieferungen - Frankreich: Chancen für ein neues Verhältnis zur Dritten Welt - Nicaragua: Wir werden flexibel und standhaft bleiben - Honduras: Aufmarschplatz der mittelamerikanischen Konterrevolution - Uruguay: Menschenrechts-

verletzungen, ein Fall für die UNO - Iran: Der "Krieg im Innern" - Afghanistan: Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden II - Indochina: Erklärung der indochinesischen Außenminister - Kampuchea: Bericht an den IV. Parteitag - Kultur: Angola; Wir sitzen nicht im Elfenbeinturm - Rückblick - Rezensionen - Infodienst - Kurzinformationen - Kommentar: Faule Eier für Uncle Sam

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ Nr 3 / 1981, Postfach 2846, 2 Hamburg 19  
ENTWICKLUNGSPOLITIK IN EUROPA - Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Süden

Wer paßt sich wem an / Das Europa der Militärs / "Keine Alternative zum Beitritt" Süderweiterung und Wanderarbeit / Der Aufstand der Regionen / Griechenland: Verlauf der Beitrittsverhandlungen - Die Großen ins (EG-)Töpfchen ... / Spanien: Wem nutzt Spaniens EG-Beitritt? - Marinaleda, ein Dorf im Hungerstreik / Portugal: Europas Bantustan - Politische Chronik 1974 - 1981 IWF in Portugal - Bericht von einer Kooperative im Alentejo

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA Nr. 8-9 / 1981 Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

Schwerpunktthema: Bantustans - Ernährungslage  
SÜDAFRIKA: Ciskei - Referendum zur "Unabhängigkeit" / Zur Ernährungslage in Bantustans / Lage der Landarbeiter / ZIMBABWE: Landwirtschaftliche Entwicklung / NAMIBIA: Neue US-Namibia-Politik / Sanktionskonferenz Paris / Gewerkschaften gegen Uranlieferungen / Tagungen und Aktionen: Kirchentag in Hamburg - Rundreise von süd afrikanischen Kirchenvertretern in der BRD / 2. ICSA-Workshop / Daimlers umstrittene Unimog-Exporte in den "Thagesthemen" / SDAJ-Festival / Namibia-Ausstellung und ihre Folgen / Fernsehfilm: Lisa und Tshepo / Thesen: Befreiungsbewegungen an der Macht / Nachrichten / Rezensionen

PERIPHERIE Nr 5/ 1981 c/o CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 28 Bremen 1

Herrschaftsinstrument Erziehung: Zum Charakter formaler Bildung in abhängigen Klassengesellschaften Afrikas / Von der Fragwürdigkeit der Bildungshilfe in die "Dritte Welt" - eine Kritik eurozentristischer Machtstrategien / Chinesische Bildungspolitik - (k)ein Modell für die Dritte Welt / Umwelterziehung in Afrika - ein Weg zu mehr Eigenständigkeit im Bildungswesen? / Staatliche Umsiedlungsprojekte in Peru: Erfahrungen aus der Arbeit mit Bauern / Die systematische "Desorganisation" des Kapitals. Wirtschaftspolitik, gesellschaftlicher Wandel und politischer Prozeß in Chile seit 1976.

### VERANSTALTUNGSHINWEISE

"Alphabetisierung in Nicaragua"  
- zu Fragen des politischen und pädagogischen Konzepts  
vom 23. bis 25. Oktober in Niedernhausen/Taunus

"Metallarbeiterstreik in Brasilien"  
- zu Fragen sozialer Bewegung und der Funktion der Gewerkschaften  
in Ländern der 3. Welt  
vom 30. Oktober bis 1. November 1981 in Göttingen

Anmeldungen/Informationen bis spätestens 10 Tage vor Beginn an:  
AGG  
5300 Bonn 1  
Tel.: 0228/7234021

# Z

Neuerscheinungen im Verlag der Gruppe 'Z':

Z Nr. 11 58 S. DM 4,-

Mittelamerika ein neues Vietnam?  
- Schlüsselland Guatemala -

desweiteren in der Z Nr. 11:  
Atomkrieg wird möglich

Zur Kriegsführungsstrategie der USA  
Die Reagan-Aera  
Ihre Hintergründe und Triebkräfte

Wettrüsten auf hoher See  
Sowjetunion ohne Chance

Guatemala-Artikel:

Für die Ausweitung des Konfliktes und die Zukunft Mittelamerikas spielt Guatemala eine Schlüsselrolle, nicht nur wegen seiner ökonomischen und geopolitischen Bedeutung für den US-Imperialismus, sondern auch wegen der Zuspitzung der innenpolitischen Situation und des breiten Anwachsens des bewaffneten Kampfes, die diesen nächsten Doniposten Mittelamerikas ins Wackeln bringen, der für die Mittelamerika-Solidaritätsarbeit in der BRD und Westberlin unseres Erachtens eine wichtige Bedeutung hat.

In einer ausführlichen Analyse werden die Hintergründe und Bedingungen der Entwicklung untersucht:

warum heute in Guatemala ein 'präventiver Reformismus', eine Lösung, um durch eine demokratische Öffnung eine Entwicklung wie in Nicaragua und El Salvador zu verhindern, keinerlei Chance mehr hat.

die Bedeutung und die Lehren des 'reformistischen Experiments' unter Arevalo und Arbenz (1944-55) die Politik der USA und die Politik der guatemaltesischen Bourgeoisie und des Militärs.

die ökonomische und soziale Lage der Bevölkerung.

die neue Qualität des Widerstandes und des bewaffneten Kampfes und die zentrale Rolle, die die indiansische Bevölkerungsmehrheit dabei spielt.

— VERLAG & VERTRIEB  
Beifelliancestraße 36  
2000 Hamburg 19

Gegen VORAUSKASSE und 0,40 DM Porto  
auf das Konto I.Borsum, Nr. 32000094 bei der  
Deutschen Bank

# Junius Verlag

Die Themen des Buches:  
- Die Wirtschaftspolitik der Militärregierung

- Die neue Kapitalakkumulation der chilenischen Bourgeoisie
- Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung
- Die politische Opposition - Entwicklung der Parteien

## CHILE

Der  
Monetarismus  
an der  
Macht

Hugo Calderón/Jaime Ensigna/  
Eugenio Rivera

John Butzi, (Hrsg.)  
Israel/Palästina  
Klasse, Nation und Befreiung  
im Nahost-Konflikt  
190 Seiten, DM 16,-

Das neoliberale Wirtschaftsmodell  
- Soziale Träger des Regimes  
- Die Opposition - Gewerkschaften und Parteien  
- Wahlrecht und Partei politischer Führung

JUNIUS

Hugo Calderón/Jaime Ensigna/  
Eugenio Rivera  
CHILE -  
Der Monetarismus an der Macht  
163 Seiten, DM 15,-

Eine Bilanz der acht Jahre Militärregime seit dem Sturz der Regierung Allende. Untersucht wird die neue Realität Chiles - die Ergebnisse der Umstrukturierung des Landes gemäß der monetaristischen Theorie der reinen Marktwirtschaft.

Die Parteien der Linken müssen die tiefgreifenden sozialen Veränderungen seit 1973 als Ausgangspunkt nehmen, um eine Alternative zur Herrschaft von Militärs und Monetaristen zu entwickeln

Verlagsprospekte anfordern bei:

JUNIUS VERLAG  
Von-Hütten-Strasse 18  
D-2000 Hamburg 50

## Neuerscheinung

Zum Inhalt des Buches:

Die Berliner Arbeitsgruppe legt ein Buch vor, in dem auf rund 200 Seiten versucht wird, dem deutschen Leser die bolivianische Realität verständlich zu machen und näher zu bringen. Es wird nicht der Anspruch erhoben, Bolivien und all seine Probleme und Widersprüche in Geschichte und Gegenwart ausführlich darzustellen und zu analysieren. In diesem Buch werden einige wichtige Bereiche herausgegriffen und anschaulich dargestellt. Dieser Überblick eignet sich vor allem als Einführungsliteratur, wird aber sicherlich auch dem Kenner noch eine Reihe wichtiger und interessanter Informationen und Aspekte bieten.

Der erste Teil geht auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur ein. Im Mittelpunkt der Darstellungen stehen der mineralische Rohstoffbereich und die Landwirtschaft sowie die Bergarbeiter und die Campesinos. Der zweite Teil behandelt die politische Entwicklung. Hier wird die Breite der gesellschaftlichen Kräfte im abhängigen Bolivien deutlich. Indios und Militär, Gewerkschaften und Kirche, die Revolution der MNR von 1952 und die Guerilla werden in diesem Kapitel analysiert, und zugleich wird ein Bezug zur gegenwärtigen politischen Entwicklung hergestellt. Relativ breiten Raum nimmt die Aufarbeitung des Demokratisierungsprozesses von 1978-80 ein. Danach wird auf den Putsch vom Juli 1980 und die Entwicklungen, die sich danach ergaben, eingegangen.

Das Buch endet mit einer kurzen Darstellung der Beziehungen zwischen Bolivien und der Bundesrepublik. Ein ausführliches Glossar sowie ein Namensregister und ein Abkürzungsverzeichnis helfen dem Leser, die bolivianischen Bezeichnungen, die im Text vorkommen, zu verstehen.

Mit diesem Buch legen die LN in ihrer Reihe der Länder-Nummern einen deutschsprachigen Überblick in leicht verständlicher Form vor, wie er bisher fehlte.

# BOLIVIEN

## Ein Volk im Widerstand



Sondernummer

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Berlin

September 1981

Solidaritätspreis DM 9,-